

Rezensionen

Michael von Hauff & Katja Claus: *Fair Trade. Ein Konzept nachhaltigen Handels* Konstanz & München: UVK & UTB-Lucius 2012, 264 Seiten.

Das Buch behandelt das aktuelle Thema des Fairen Handels. Dabei konzentriert es sich auf die ökonomische Sicht und will eine Einordnung des *Fair-Trade*-Konzepts in das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung vornehmen. Die insgesamt acht Kapitel behandeln: Einleitung (1), Die Struktur des Welthandelssystems und Entwicklungstendenzen des internationalen Handels (2), Anforderungen des Paradigmas nachhaltiger Entwicklung an den internationalen Handel (3), Das Konzept und die Bedeutung des Fairen Handels (4), Theoretische Begründung des internationalen Handels (5), Die Wirkung des Fairen Handels in Entwicklungsländern (6), Fairer Handel im Konzept der Entwicklungspolitik (7) und Zusammenfassung (8).

Als UTB-Band in der Reihe Volkswirtschaftslehre/Betriebswirtschaftslehre ist es konsequent als Lehrbuch aufgebaut. Es ist im Bereich internationale Wirtschaft bzw. internationaler Handel zu verorten. So geben die Autorin und der Autor eingangs einen detaillierten Überblick über die gängigen Theorien der bürgerlichen Ökonomie und die Einordnung in das aktuelle Welthandelssystem inklusive der Rolle der Entwicklungsländer – der Begriff wird so benutzt und nicht diskutiert oder problematisiert. Ausführlich wird auch auf das Paradigma der „nachhaltigen Entwicklung“ eingegangen und dieses in Beziehung zum internationalen Handel gestellt.

Im Kapitel 4 stellen von Hauff und Claus das Konzept des Fairen Handels im Kontext der zuvor dargestellten Theorieansätze und Strukturen vor. Ausführlich und sehr anschaulich zeichnen sie die Entwicklung des Konzepts nach, beschreiben die verschiedenen Organisationen, die sich damit beschäftigt bzw. dafür eingesetzt haben, und gehen detailliert auf deren verschiedenen Hintergründe und Ansätze sowie Zielsetzungen und Grundsätze ein. Dabei wird deutlich, dass die verschiedenen Organisationen unterschiedliche Teilbereiche in der Kette von Produktion bis Verbrauch abdecken bzw. dort ihren Schwerpunkt setzen.

Bestandteile des Konzeptes sind in je unterschiedlicher Intensität (95): Preis, Finanzierung, Handelsbeziehungen, Arbeitsbedingungen und Umwelt. Organisatorisch zeigt das Buch zwei Hauptmodelle auf Produzentenebene auf: das Genossenschaftsmodell und die „Hired Labour Structure“, das Plantagenmodell (siehe hierzu auch den Artikel von Maria Tech in diesem Heft). Durchgängig ist das grundsätzliche Ziel, „den Produzenten in den Entwicklungsländern den Zugang zum Weltmarkt und somit die Teilnahme am Welthandel zu ermöglichen“(103). Mit dem Trend zur Kommerzialisierung und dem Zugang zu den Supermärkten kann zwar die Nische verlassen werden und die Lebenssituation der Produzenten in vielen Fällen verbessert werden, aber eine der Organisationen, die *Fair Trade Labelling Organization* befürchtet dabei den Bedeutungsverlust der politischen Zielsetzung. Es wird ja die verbesserte Teilnahme am bestehenden System

angestrebt, nicht eine Veränderung oder gar eine Infragestellung des Systems. Auf diese Frage ebenso, wie auf die Problematik der Einführung von Standards gehen Autorin und Autor in diesem Band nicht grundsätzlich ein.

Sie zeichnen die Entstehung und Entwicklung der verschiedenen Organisationen nach und stellen mit verschiedenen Statistiken und Schaubildern die Verteilung und Bedeutung der Produktion im Weltmaßstab dar. Dabei machen sie klar, dass sowohl das Handelsvolumen insgesamt als auch der politische Einfluss trotz der aktiven Beteiligung großer entwicklungspolitischer NROen (z.B. Misereor) in Deutschland und auf EU-Ebene sehr gering ist. Dies führt der zitierte Autor K. Piepel auf drei wesentliche Faktoren zurück: „Die organisatorische Zersplitterung der Bewegung, die thematische Beschränkung auf traditionelle Exportprodukte der Dritten Welt und die methodische Selbstbeschränkung auf Handelsformen in Verbindung mit dem Warenverkauf“ (136).

Im fünften Kapitel erfolgt ein Sprung in die klassische Volkswirtschaftstheorie, in dem die Außenhandelstheorie ausführlich erläutert wird. Der abschließende Abschnitt dieses Kapitels nimmt die Verortung des Fairen Handels in der zuvor beschriebenen Theorie des internationalen Handels vor. Die Wirkung in Entwicklungsländern untersuchen die Autorin und der Autor im sechsten Kapitel. Sie stellen dabei fest, „dass das Konzept des Fairen Handels durchaus positive ökonomische Effekte für die Produzenten mit sich bringt“ (199), die Frage der Nachhaltigkeit bleibt aber offen. Es wird klar, dass Veränderungen nur im unmittelbaren Umfeld zu erkennen sind und strukturelle Änderungen, wie die

Überwindung von Abhängigkeiten, kaum erzielt werden können.

Unter der Überschrift „Fairer Handel im Kontext der Entwicklungspolitik“ präsentiert Kapitel 7 zunächst eine kurze allgemeine Beschreibung der Entwicklungspolitik. Darin stellen von Hauff und Claus den Fairen Handel als eines von deren Handlungsfeldern dar. Weiterhin gehen sie in diesem Kontext auf die Bedeutung einer Neuordnung der Agrarpolitik in den Industrieländern ein. Auch das Konzept des *Public Private Partnership* besprechen sie hier als eine Alternative. Allerdings bleibt gerade die vor allem von der kritischen Wissenschaft und von NROen ausgehende, kontroverse Debatte über dieses Konzept ausgeblendet. Das Kapitel schließt mit einer allgemeinen Bewertung der verschiedenen Alternativen und einem Ausblick auf die aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich.

Insgesamt gibt der Band einen guten Überblick über die aktuelle Diskussion und präsentiert die Informationen gut verständlich; er lässt allerdings die kritische Diskussion dazu außen vor. Für Studierende ist es ein nützliches Werk im Rahmen der hier allgemein gelehrtens klassischen Ökonomie, das die Fakten gut gegliedert darstellt und durch die jeweiligen Einführungen in den Kapiteln die Einordnung des Konzepts des Fairen Handels in die theoretisch-fachlichen Kontexte erläutert. Insgesamt wird der Band mit seiner deskriptiven Form seiner Rolle als Lehrbuch im Kontext der bürgerlichen Ökonomie voll gerecht. Dabei wird allerdings nicht auf die breitere und bisweilen kritische Debatte des *Fair-Trade*-Konzepts eingegangen.

Theo Mutter

Nina Kolleck: *Global Governance, Corporate Responsibility und die diskursive Macht multinationaler Unternehmen. Freiwillige Initiativen der Wirtschaft für eine nachhaltige Entwicklung?* Baden-Baden: Nomos 2011, 268 Seiten

Die Autorin greift in diesem Buch mit den Fragen, wie und warum multinationale Unternehmen (MNU) den Nachhaltigkeitsdiskurs (mit)gestalten, ein Thema auf, dem angesichts der Allgegenwart von Natur- und Klimaschutz in der heutigen Produktions- und Warenwelt einerseits, der existenziellen Bedeutung veränderter Mensch-Umwelt-Beziehungen andererseits eine große Relevanz zukommt. Sie betont zu Recht, dass sich die Sozialwissenschaften unter diesem Aspekt bisher nicht sehr gründlich mit dem Thema der *Corporate (Social) Responsibility* (CSR) beschäftigt haben; der Selbstdarstellung von Unternehmen als den wahren Gestaltern nachhaltiger Entwicklung wurden sehr häufig nur generelle Kritiken unternehmerischer Initiativen als *Greenwashing* gegenübergestellt.

Nina Kollocks Thesen sind allerdings so neu nicht: „Unternehmen [werden] *erstens* versuchen, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung mit eigenen Interessen und Wahrnehmungen zu füllen, um durch die Gestaltung des Diskurses Einfluss auf politische Rahmenbedingungen bzw. globale und nationale politische Problemlösungsstrategien zu gewinnen und ...sich *zweitens* durch äußeren Druck und externe Erwartungen dazu gezwungen fühlen, nachhaltige Entwicklung in ihre Unternehmensstrategie zu integrieren.“ (1) Allerdings verspricht eine grundlegende Analyse dieser Zusammenhänge auf der Basis

eines – wie das Inhaltsverzeichnis erwarten lässt – methodisch umfassend reflektierten diskursanalytischen und sozialkonstruktivistischen Ansatzes (mit starkem Bezug auf Foucault) wichtige neue Einsichten, auch wenn sich das empirische Material auf eine Fallstudie des Unternehmensnetzwerkes *Econsense* beschränkt. Dieses Netzwerk wurde auf Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie im Jahr 2000 gegründet und will „die Übernahme unternehmerischer Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung fördern ... und gleichzeitig die ‘langfristige Wettbewerbsfähigkeit’ multinationaler Konzerne ... unterstützen.“ (114)

Eine Fallstudie, die den Anspruch erhebt, einen Beitrag zu einem umfassenden Themenfeld (vgl. Buchtitel) zu leisten, verlangt eine ausführlichere Beschäftigung mit den Rahmenbedingungen des Themas. Dies wird im Kapitel 2 des Buches allerdings viel zu breit und ohne klare argumentative Stoßrichtung versucht. Zum einen geht die Autorin auf Themen ein, die im empirischen Teil des Buches (leider) keine Rolle spielen (so etwa der Versuch eines Überblicks zur *Global-Governance*-Diskussion), zum anderen versäumt sie es, grundlegende Begriffe wirksam zu klären und sich mit Diskussionssträngen, die für das Thema zentral sein sollten, effektiv auseinanderzusetzen. Wichtige Arbeiten zum Verhältnis von Unternehmensinteressen und nachhaltiger Entwicklung (etwa von Ulrich Brand und Christoph Görg) werden nicht erwähnt und das „netzwerkstrukturierte[s] Kategoriensystem“ der Abbildung 2, das die grundlegenden Kategorien für die empirische Analyse zu liefern beansprucht (82), versteckt die Kategorie „Profit“

hinter dem Begriff des „Business Case“ – obwohl im Schlussteil des Buches der Konflikt zwischen kapitalistischer Rationalität und der Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen nicht geleugnet wird.

Ungeklärt bleibt aber vor allem der Machtbegriff und damit auch das, was *diskursive Macht* (Untertitel!) überhaupt sein soll (S. 26–28; 43–47). Kolleck zitiert Doris Fuchs und Markus Lederer: „Diskursive Macht formt Perzeptionen und Identitäten und fördert die Interpretation von Situationen als einen Typ eher als einen anderen repräsentierend“ (28, Übers.: WH). Dies impliziert, wie in der Literatur üblich, dass „Macht“ als ein relationales Phänomen angesehen wird. Daher überrascht es, wenn die Autorin dann einschränkt „die vorliegende Arbeit strebt keine Analyse der tatsächlichen Machtwirkungen an, sondern ... interpretiert ... die Ausübung diskursiver Macht durch *Econsense*-Unternehmen im Rahmen der Gestaltung des Diskurses über nachhaltige Entwicklung“ (193). Wie weiß die Autorin, wann und in welcher Weise Macht „ausgeübt“ wurde, wenn sie die „Machtwirkungen“ nicht analysiert? Auf die Diskussion zu verschiedenen Machtformen geht sie nur sehr oberflächlich ein, indem sie diskursive Macht im Anschluss an Steven Lukes von instrumenteller und struktureller Macht abgrenzt, ohne die Wechselbeziehungen zwischen verschiedenen Machtformen theoretisch zu thematisieren.

Kapitel 3 beschäftigt sich ausführlich mit den Methoden der Arbeit, vor allem mit der Verknüpfung von qualitativer Inhaltsanalyse und Diskursanalyse sowie mit Fragen der Qualitätssicherung. Die Darstellung der empirischen Ergebnisse lässt weitgehend unklar, wo welche Methoden angewandt wurden. Die

Story-lines (s.u.) stellen – jeweils auf der Basis eines Zitats als so genannten „Ankerbeispiel(s)“ – typische Argumente von Unternehmen zu Aspekten nachhaltiger Entwicklung dar. Spezifische Methoden bei der Auswahl dieser Beispiele nennt Kolleck nicht, was sie explizit rechtfertigt (108). Das führt aber doch zur Frage, ob die ausführliche Diskussion von Methoden nicht letztlich doch primär als ein Bluff anzusehen ist.

Was bleibt? Die Orientierung der Darstellung an diskursanalytischen Konzepten, die ausschließlich auf *Econsense*-Texte (und -Interviews) angewendet werden, macht es schwierig, den Bezug zum globalen Diskurs über nachhaltige Entwicklung und die anderen im Titel angesprochenen Themen herzustellen. Die Behandlung dieser Themen bleibt daher bruchstückhaft, was auch im Kapitel 5 deutlich wird: Dort gelingt es nicht, den Schritt von der Interpretation der *Econsense*-Materialien zu einer überzeugenden theoretischen Erklärung der Gesamtproblematik zu leisten. Die Betrachtung des demographischen Wandels primär unter dem Gesichtspunkt des *Fachkräftemangels*, aber doch unter dem Konzept der „*natürlichen* Rahmenbedingungen“ erscheint sehr borniert. In Bezug auf einzelne Elemente der Strategie arbeitet die Autorin interessante Punkte heraus: (1) typische *Story-lines* der unternehmerischen Selbstdarstellung (Freiwilligkeit vs. Regulierung, Unentbehrlichkeit von MNUs, Nachhaltigkeitsstrategien als Wettbewerbsvorteile usw.); (2) Betonung der Bedeutung der Wirtschaft bei der Verschränkung mit anderen Diskursen; (3) Reaktion auf Gegendiskurse (Notwendigkeit staatlicher Intervention, zivilgesellschaftliche Diskurse); (4) Wert spezifischer Wortprägungen und

Euphemismen zur Stärkung der Rolle privatwirtschaftlicher Nachhaltigkeit.

Wichtig sind in diesem Zusammenhang die Differenzierungen zwischen unterschiedlichen Branchen, die Kolleck leider nur in Bezug auf die einzelnen Aspekte und nicht übergreifend behandelt (spezifische Interessen und Sichtweisen, die etwa im Tourismus ganz andere sind als in den großen Energieversorgungsunternehmen oder in der Automobilindustrie). Diskursregeln – die zentralen Paradigma von Diskursen, d.h. auch „was kommuniziert und was nicht kommuniziert werden kann“ (150) – arbeitet Kolleck unter Bezug auf Foucaults „archäologische Mittel“ heraus: Bruchstellen zwischen verschiedenen Diskursen: „die Regel der Priorität des wirtschaftlichen Wachstums wird ganz offensichtlich von den neuen Konzepten [im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit; W.H.] herausgefordert, und an dieser Bruchstelle entstehen begriffliche Verwerfungen, längs derer der Diskurs geführt wird“ (160). Die Ambivalenzen des Konzeptes nachhaltiger Entwicklung erlauben es, Facetten zu betonen, die den eigenen Interessen am nächsten stehen, d.h. sich letztlich doch am „Primat des Ökonomischen über das Soziale und Ökologische“ (174) zu orientieren. Hier wäre sicherlich eine Verwendung des Foucault'schen Dispositiv-Konzeptes sinnvoll gewesen.

Im 5. Kapitel sollen die theoretischen Implikationen der Analyse der *Econsense*-Diskurse herausgearbeitet werden. Der erste Teil beschäftigt sich mit den „Chancen und Grenzen der diskursiven Macht von Unternehmen“ (176). Während die Chancen auf den gesamten Nachhaltigkeitsdiskurs bezogen werden (politische Akzeptanz,

hohe Überzeugungskraft des Themas), also letztlich die Bedeutung diskursiver Macht für *alle* Akteure begründen, sieht Kolleck die Grenzen in der Beschneidung der Macht von Unternehmen durch zivilgesellschaftliche Akteure: „Akteure mit weniger Ressourcen können in den Auseinandersetzungen über politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen die stärkeren Argumente hervorbringen und gesellschaftliche Unterstützung erfahren.“ (178) Eben: Wir haben im Buch einiges über die *Strategien* von Unternehmen gelernt, die übergreifenden Diskurse über Nachhaltigkeit und über politische Problemlösungsansätze zu beeinflussen, aber wenig Systematisches über ihre tatsächliche *Macht*, dies erfolgreich zu tun.

Kolleck bezieht sich auf Foucaults archäologische Methode, „Vorwissen für die Analyse zu nutzen, um Phänomene überhaupt entdecken zu können“ (151). Wenn der Leser sein Vorwissen der mehr als zwei Jahrzehnte alten Diskurse über nachhaltige Entwicklung, Kapitalismus und Unternehmensverantwortung für eine Archäologie des vorliegenden Textes nutzt, lassen sich einige interessante Ergebnisse herauszufiltern.

Wie gesagt, Macht ist immer relational, auch im Falle struktureller Macht: Strukturen in einer kapitalistischen Marktwirtschaft geben Unternehmen in Auseinandersetzungen um nachhaltige *Entwicklung* eine Machtposition, die sie gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren in eine Position der Stärke bringt (etwa: Wettbewerbsfähigkeit schafft Arbeitsplätze, die helfen, Hunger zu bekämpfen). Die Stärke entsprechender Diskurse beruht letztlich nicht auf diskursiver, sondern auf struktureller Macht. Ebenso beruht die Verbreitung

diskursiver Positionen häufig eher auf ökonomischer Macht (etwa: große Verlage). Daraus ergibt sich eine andere Fragestellung: Wie transformieren Unternehmen andere Machtformen in diskursive Macht, um bestimmte Vorstellungen davon, „wie die Welt funktioniert“, zu stärken und damit der diskursiven Macht zivilgesellschaftlicher Akteure etwas entgegensetzen zu können. Dies ist das Ziel der „Gestaltung von Diskursen“ durch Unternehmen – ein neoliberales Weltbild angesichts der vielfältigen Herausforderungen von Nachhaltigkeit durch die Effekte kapitalistischer Ordnung zu stärken.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt letztlich auch die Autorin, wenn sie argumentiert, „... dass es Econsense mit der Steigerung der Akzeptanz von nachhaltiger Entwicklung... um die Glaubhaftigkeit der eigenen Strategie und in diesem Sinn auch um die Legitimation des bestehenden Wirtschaftssystems geht.“ (218) Das Buch schließt mit der Gegenüberstellung, dass einerseits – bei Durchsetzung der von *Econsense* propagierten Diskurse – „Nachhaltigkeit in Zukunft kaum noch ohne die Berücksichtigung des Prinzips ‘Wirtschaftswachstum’ konzipiert“ wird und „ökonomische Prinzipien ...gar die Priorität in der allgemeinen Wahrnehmung sowie im politischen Handeln“ erlangen, andererseits aber die „offensichtlichen Auswirkungen des ökonomischen Stoffwechsels“ bereits die natürlichen Lebensgrundlagen bedrohen (234). Dies wäre ein guter *Ausgangspunkt* für eine kritische Analyse der diskursiven Macht multinationaler Unternehmen (und ihrer Grenzen) gewesen.

Wolfgang Hein

Richard Bourne: *Catastrophe. What went wrong in Zimbabwe?* London: Zed Books 2011, 302 Seiten

Zwischen Ende 2012 und Mitte 2013 sollen in Simbabwe Wahlen stattfinden. Über den richtigen Zeitpunkt und die Konditionen streiten RegierungsvertreterInnen und RegimekritikerInnen schon seit langem. Auch innerhalb der Regierung gibt es heftige Meinungsverschiedenheiten. Schließlich hat die 2008 vom damaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki erzwungene Einheitsregierung keineswegs die erwünschten Erfolge gebracht. Diese Regierungsform ist auch deshalb umstritten, weil der hohe Stimmenanteil für Robert Mugabe und seine *Zimbabwe African National Union Patriotic Front* (ZANU/PF) offensichtlich auf Wahlbetrug zurückzuführen war, ein Problem, das die Wahlen in Simbabwe wiederholt kennzeichnete und immer wieder Zweifel an der Legitimität der Regierungen aufkommen ließ. Mugabe, seit der politischen Unabhängigkeit 1980 amtierender Präsident, betrachtet die ZANU/PF als alleinige Regierungspartei und behandelt Morgan Tsvangirai von der *Movement for Democratic Change* (MDC) wie einen Oppositionellen; manche Minister und MDC-Anhänger werden wie Staatsfeinde behandelt und sogar verfolgt. Zudem dauert die Gewalt gegen zivilgesellschaftliche Gruppen an, die Menschenrechtsverletzungen und Machtmissbrauch durch den von Mugabe und seinen Zuarbeitern weiterhin kontrollierten Geheimdienst, durch regimetreue Schlägertrupps und die Polizei anprangern.

Diese Konstellation nimmt Richard Bourne, ein Journalist, der am *Institute*

of *Commonwealth Studies* der Universität London forscht, zum Anlass, um in einem zeitlichen Längsschnitt die Probleme aufzuzeigen, die zur Katastrophe in einem Land führten, das in den 1980er Jahren noch als Vorbild auf dem Kontinent galt. Er unterteilt sein anschaulich geschriebenes und gut recherchiertes Buch in acht Kapitel, die zeitliche Zäsuren setzen. Während die ersten drei Kapitel koloniale Hintergründe skizzieren, widmen sich die zwei folgenden den 1980er und 1990er Jahren. Die letzten drei Kapitel analysieren die politische und wirtschaftliche Krise seit 2000. Anders als viele politikwissenschaftliche Studien beginnt Bourne also nicht erst mit dem Ende des bewaffneten Unabhängigkeitskampfes, sondern nimmt seine LeserInnen mit auf eine Reise in die Frühphase der Kolonialzeit, als Goldsucher, Glücksritter und Siedler das Land nördlich des Limpopo mit einer Welle der Gewalt überzogen. Etliche lokale *Chiefs* schlugen zurück, ihr militärischer Widerstand wird als *Erster Chimurenga* (Shona-Wort für „Revolutionärer Kampf“) titulierte.

Das Buch legt sowohl die massiven Ungleichheiten, die Strukturprobleme und den Rassismus in der Siedlerkolonie als auch das Ringen um Dominanz und Kontrolle in den militärischen Flügeln der anticolonialen Widerstandsbewegungen offen. Hier kommt Mugabes Machtkalkül und sein raffiniertes Ausschalten von potenziellen Konkurrenten ins Spiel. Seine Selbstinszenierung während des Unabhängigkeitskrieges, des sogenannten *Zweiten Chimurenga*, werden ebenfalls kontextualisiert. So unterstreicht der Autor seine Kritik an Mugabe, ohne ihn zu dämonisieren oder die Misere in Simbabwe allein auf seine Person zurückzuführen.

Im vierten und fünften Kapitel zeigt Bourne die Widersprüche auf, die die ersten Jahrzehnte der nachkolonialen Entwicklung prägten. Er konzentriert sich vor allem auf die Innen-, Wirtschafts- und Agrarpolitik Simbabwes, die unzureichende Landreform und die Massaker im Matabele-Land. Ferner thematisiert er die ausufernde Korruption durch ZANU/PF-Politiker und die Forderungen der demobilisierten und verarmten Befreiungskämpfer. Solche innenpolitischen Probleme verknüpft er mit regionalen und internationalen politischen Rahmenbedingungen, insbesondere mit dem Ende des Kalten Kriegs und der Apartheid in Südafrika. Punktuell geht er auch auf die Interessen der früheren britischen Kolonialmacht ein, etwa mit Blick auf die Landreform.

Faktenreich beschreibt Bourne den wirtschaftlichen und politischen Niedergang Simbabwes seit 2000: Er illustriert die Farmbesetzungen, den sogenannten *Dritten Chimurenga*, und die Zerstörungen durch die Operation *Murambatsvina* (Shona-Wort für „Müllentsorgung“), bei der im Jahr 2005 Hunderttausende ihr Obdach und ihre wirtschaftliche Existenz verloren. Nach offiziellen Angaben richtete sich diese Operation gegen illegalen Häuserbau und Handel und sollte die Verbreitung von Infektionskrankheiten begrenzen. Oppositionspolitiker hingegen halten sie für eine Aktion gegen ihre AnhängerInnen. Darüber hinaus erläutert das Buch die umstrittenen Wahlen 2008 sowie die Strukturprobleme der Einheitsregierung und zeigt den Einfluss Südafrikas auf. Den Schlusspunkt setzt es mit dem Jahr 2010, als der südafrikanische Präsident Jacob Zuma sich für einen neuen Verfassung, ein Referendum und Wahlen aussprach.

Abschließend resümiert der Autor die Ursachen, die zur Katastrophe in Simbabwe führten. Danach liegt das wesentliche Problem in den Strukturen der früheren Befreiungsbewegung und jetzigen Regierungspartei begründet: in ihren autoritären Kaderstrukturen und mangelnden Ämterwechseln, die dem Greis Mugabe einen Platz auf Lebenszeit gewähren. Persönlicher Starrsinn und ideologische Verbohrtheit seien in Simbabwe ausgeprägter als in den grundsätzlich ähnlich gelagerten Nachbarländern Mosambik und Namibia. Mugabe selbst habe noch stärker als die Regierungschefs der Nachbarländer die Vorstellung verinnerlicht, der Zwecke heilige die Mittel. Diese Einstellung sei auf den Marxismus und auf die jesuitische Schulbildung zurückzuführen. Seine Paranoia vor Verrätern in den eigenen Reihen, seine Bereitschaft, exzessive Gewalt einzusetzen und seine Ausrichtung auf China setzt Bourne mit diesen ideologischen Grundmustern in Beziehung.

Gleichzeitig übt er deutliche Kritik an der britischen Regierung, die während und nach der Kolonialzeit Gewalt als Mittel der Herrschaftsabsicherung duldete, und am früheren südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki, der trotz seines Anspruchs auf eine afrikanische Renaissance das Nachbarland in Gewalt und in einer massiven Wirtschaftskrise versinken ließ. Auch der internationalen Staatengemeinschaft hält er einen Spiegel vor, denn sie nutze nicht die in internationalen Abkommen, beispielsweise in der *Responsibility to Protect*, vorgesehene Möglichkeit einer Intervention, um den Gewaltexzessen des Mugabe-Regimes ein Ende zu bereiten.

Mit seiner ausgewogenen Analyse der Außen- und Binnenfaktoren kritisiert der

Autor auch die Opposition in Simbabwe, konkret die MDC: Deren Spaltung habe ein Gegengewicht zur ZANU/PF massiv geschwächt. Bourne hat keine Patentrezepte zur Lösung der Misere parat, doch er unterstreicht, dass neue Perspektiven letztlich von der simbabwischen Bevölkerung selbst entwickelt werden müssen. Die Chancen zur friedlichen Durchsetzung von Änderungen seien allerdings gering.

Rita Schäfer

Béatrice Durand: *La nouvelle idéologie française*. Paris: Stock 2010, 240 Seiten

Die Präsenz des Islams in Frankreich als Folge von postkolonialer Einwanderung hat im Zusammenhang mit sozialen Krisen in den letzten Jahrzehnten die Debatte um nationale Zugehörigkeit und Identität wieder aufleben lassen. Béatrice Durand analysiert in ihrem essayistischen und lesenswerten Buch, dessen Titel auf die 1981 erschienene Streitschrift *L'idéologie française* von Bernhard-Henri Lévy anspielt, die mentalen Repräsentationen, in denen diese Auseinandersetzungen gelebt werden. Während Lévy am öffentlichen Diskurs in Frankreich eine unhistorische Externalisierung von Ungleichheitsideologien wie Rassismus und Antisemitismus kritisierte, konstatiert Durand die Erfindung eines „Neorepublikanismus“, d.h. die Konstruktion einer Tradition, die mit dem historischen französischen Republikgedanken eher in losem Zusammenhang steht. Dabei würden bestimmte Vorstellungen von Rechtsstaat, Wohlfahrtsstaat, öffentlichem Dienst, Laizismus etc. kompiliert und zu einer nationalen Ideologie verkettet. Diese

sei eine sehr inkohärente Konzeption, „eine Ideologie im schlechtesten Sinne des Wortes, ein diffuses Ensemble von Werten und Diskurselementen, Ablagerung von verbreiteten Evidenzen und Automatismen des Denkens, die unseren politischen gesunden Menschenverstand strukturieren“ (12f). Oftmals gehe es dabei um die Identifizierung eines Gegners. Als solcher gelten, daran lassen die von Durand skizzierten verschiedenen Konfliktfelder keinen Zweifel, im Wesentlichen muslimische MigrantenInnen und ihre Nachkommen.

Für die Laizismus-Debatte arbeitet die Verfasserin die problematische Tendenz heraus, Öffentlichkeit und Privatheit nicht als abstrakte, sondern als klar trennbare Sphären zu begreifen. Daraus resultiere die absurde Forderung, nicht nur den Staat, sondern auch den öffentlichen Raum dem Gebot der Trennung von der Religion zu unterwerfen. Mit dem Gesetz von 1905, das in Frankreich den Laizismus kodifiziert, sei es, anders als mit dem auf das Kopftuch muslimischer Frauen zielende gesetzliche Verbot „ostentativer religiöser Zeichen“ in Schulen von 2004, nicht darum gegangen, individuelle Verhaltensvorschriften festzuschreiben. Vielmehr sei Anfang des 20. Jahrhunderts die Abwehr des Einflusses der Kirche auf den Staat, nicht aber auf die Gesellschaft ein Anliegen gewesen. Laizismus sei daher nicht gleichbedeutend mit der Neutralisierung des öffentlichen Raumes. Zudem sei, ganz davon abgesehen, dass der Islam heute ohnehin nicht die gleiche Position wie die katholische Kirche im 19. Jahrhundert habe und außerdem kein Kampf für die Emanzipation des Staates von der Religion mehr geführt würde, das Gesetz ein Verstoß gegen

die verfassungsrechtlich verbrieft Meinungsfreiheit, die öffentliche Manifestationen von Ansichten, Glauben etc. schütze. Der von VerteidigerInnen des Gesetzes vertretenen Argumentation mit Frauenrechten hält Durand entgegen, dass die Betroffenen besser geschützt wären, wenn in den Fällen, in denen ihnen das Kopftuch aufgezwungen wird, nicht sie (mit Ausschluss vom Unterricht), sondern die tatsächlich Verantwortlichen, d.h. Väter, Ehemänner, Brüder etc. bestraft würden. Durch die geltende Gesetzgebung habe sich der Eindruck verfestigt, dass eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe stigmatisiert werden solle: migrantische Frauen. Schließlich arbeitet die Verfasserin heraus, dass das Kopftuch ein uneindeutiges Zeichen sei, das nicht auf religiös legitimierte Frauenunterdrückung reduziert werden, sondern auch als schlichte öffentliche Glaubensmanifestation gelesen werden könne. Problematisch sei, dass sich in den neorepublikanischen Diskursen die Mehrheitsgesellschaft anschrifte, die Bedeutung des Kopftuches einseitig festlegen zu wollen.

An die Ausführungen zur Laizismus-Debatte schließt sich eine Auseinandersetzung mit dem neorepublikanischen Integrationsverständnis an. Dieses trage deutlich assimilationistische Züge, wie sie historisch in der französischen Republik zunächst an der sprachlichen Homogenisierung und der Unterdrückung regionaler Unterschiede zu studieren seien und nun MigrantInnen trafen. Als besonders problematisch vermerkt die Autorin, dass der neorepublikanische Diskurs es zugleich unmöglich mache, diese Assimilation zu denken, weil er die Republik als pluralistisch, laizistisch und blind gegenüber Differenzen darstelle.

In der vielleicht politischsten Wendung von *La nouvelle idéologie française* plädiert Durand vor diesem Hintergrund für eine postnationale politische Gemeinschaftsbildung. Anders lasse sich der Widerspruch, dass die Republik eine universelle politische Form sei, die sich in einer partikularen Form, dem französischen Nationalstaat, verwirklicht habe, nicht auflösen. In diesem Zusammenhang weist Durand luzide die idealtypische Gegenüberstellung einer politischen und einer ethnisch definierten Nation im neorepublikanischen Diskurs zurück. Beide Nationstypen seien untrennbar miteinander verbunden, und die Vergabe von Staatsbürgerschaft sei weltweit mit Filiation begründet. Es variere lediglich der Grad, in dem zusätzlich *ius soli* praktiziert werde – wobei Frankreich diesbezüglich derzeit eher restriktiv agiere. Durch die Gegenüberstellung von *ethnos* und *demos* entstehe folgendes Paradox: „Die republikanische Ideologie bekämpft den Glauben an biologische Kollektive erbittert (und zwar völlig zu Recht!). Aber in Ermangelung einer adäquateren Konzeption der anderen Kultur hat sie den Glauben an ‘kulturelle Essenzen’, der tatsächlich üblen historischen Beigeschmack hat, nicht wirklich aufgegeben.“ (119) Allgemein sei die neorepublikanische Ideologie gänzlich hilflos, wenn es darum gehe, „die kulturelle (historisch-kollektive) Dimension sozialer und politischer Phänomene“ in Rechnung zu stellen. Mit der Prämisse einer statischen Anthropologie sei sie „unfähig, vernünftig auf die faktische kulturelle Vielfalt der Gesellschaft zu reagieren“ (126). Diese Verweigerung ziehe die Stigmatisierung nicht-mehrheitlicher Kulturen als „primitiv“ nach sich. Mit dieser Position ist die Autorin nahe an der von Hugues

Lagrange für Frankreich 2010 kritisierten sozialwissenschaftlichen und politischen Verleugnung der Bedeutung von Kulturen bei Migrationsbevölkerungen (*Le déni des cultures*, rez. in *PERIPHERIE*, Nr. 124: 534ff). Durand weist aber sehr viel deutlicher den pauschal gegenüber MigrantenInnen und ihren Nachfahren erhobenen Vorwurf des *communautarisme*, d.h. einer sich aus der Zugehörigkeit zu einer kulturellen Gruppe angeblich zwangsläufig ergebenden politischen Forderung nach spezifischen Rechten, zurück. Sie sieht darin eine diskursive Strategie, um nicht über soziale Marginalisierung, die ihrerseits gemeinschaftskonstituierend wirke, sprechen zu müssen. Die Beanspruchung der Zugehörigkeit zu einer Minderheit könne auch Teil einer politischen Strategie gegen Diskriminierung sein. Sie trachte danach, die Republik zu vertiefen. Im neorepublikanischen Diskurs werde aber jede Identitätsbekundung von Minderheiten als Angriff auf die Republik aufgefasst. Solche Ansichten verkennten, dass etwa die verstärkte Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsgremien, auf die das französische Gesetz zur *parité* von 2000 ziele, nicht dazu beitrage, dass lediglich „Fraueninteressen“ vertreten würden. Vielmehr stehe in diesen Gremien sehr wohl das Allgemeininteresse im Vordergrund, es werde aber anders als bisher definiert – demokratisch, pluralistisch und durch Auseinandersetzungen, nicht monolithisch und etatistisch wie im neorepublikanischen Diskurs. Ganz ähnliche Argumentationen und Forderungen hat in Frankreich öffentlichkeitswirksam in der letzten Zeit u.a. der Historiker Pap Ndiaye in seinem 2008 erschienen Buch *La condition noire* vertreten (rez. in *PERIPHERIE*, Nr. 114/115: 383ff).

In den zwei weiteren Kapiteln vergleicht die Autorin den Neorepublikanismus mit Diskursen außerhalb Frankreichs, genauer: sie geht dem Vorwurf auf den Grund, der *communautarisme* sei durch die politische Philosophie des Kommunitarismus aus den USA importiert worden, und diskutiert das Konzept einer deutschen *Leitkultur* gegenüber dem der französischen *identité nationale*, die zuletzt zu Beginn des Jahres 2010 in einer großangelegten Kampagne propagiert wurde. So kann sie aufzeigen, dass Philosophen wie Michael Walzer und Charles Taylor eine Reflexion der notwendigen kulturellen Bezüge politischer Gemeinschaften leisten, über die der (neo-)republikanische Diskurs mit den genannten Konsequenzen hinweggehe. Demgegenüber fällt ihr Vergleich der Debatten in Deutschland und Frankreich ein wenig naiv aus. So bleibt unklar, warum *Leitkultur* allein durch den Umstand, dass sie „die Bescheidenheit besitzt, Normen und Gebräuche einer spezifischen Gesellschaft darzustellen“ (193), d.h. allein durch ihren Verzicht auf einen Universalitätsanspruch, eine demokratischere Konzeption sein soll. Hier navigiert die sonst mit großer herrschaftskritischer Sensibilität argumentierende Verfasserin in tendenziell herrschaftsaffirmativem Gewässer. Ganz ähnlich deutet sie ein anderes Mal die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags per Referendum 2005 als Ausdruck der ihrer Ansicht nach in Frankreich weitverbreiteten Vorstellung, die Nation sei „das letzte und unüberwindliche Stadium der politischen Organisation“ (100) – ganz so, als wäre damals schlicht über eine Rekonstruktion der politischen Gemeinschaft auf europäischer Ebene abgestimmt worden und als hätte der

EU-Verfassungsvertrag nicht die Privatisierung des öffentlichen Dienstes, die Militarisierung der Außenpolitik usw. festzuschreiben versucht. Um dagegen Einwände zu erheben, muss man indes nicht die zu Recht kritisierte Vorstellung der Deckungsgleichheit von Republik und Nation teilen.

Im abschließenden Kapitel erinnert Durand daran, dass die Forderungen nach Schulkantinenessen ohne Schweinefleisch und ausschließlich für Frauen geöffneten Schwimmbädern nicht zwingend auf eine Umstrukturierung des Staates oder eine Zurückdrängung von Frauen aus dem öffentlichen Leben zielen, sondern oftmals lediglich den Respekt spezifischer kultureller Praktiken im Blick haben. In der Schlussfolgerung spitzt sie zu: „Einer der Hauptfehler der republikanischen Renaissance ist es, dem nationalen Ego ein verschobenes Bewusstsein seiner selbst geliefert zu haben. Das Recycling der republikanischen Tradition hat der französischen Gesellschaft ein schmeichelhaftes Spiegelbild, eine ruhmreiche Vergangenheit und eine ideale Projektion ihrer selbst verschafft. Dieses diskursive Unternehmen befördert einen konservativen, im Wortsinne reaktionären Konsens: Reaktion auf all die zeitgenössischen Ängste, heraufbeschworen durch die Globalisierung, die Präsenz des Islam im Herzen der Gesellschaft und die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft.“ (227)

La nouvelle idéologie française liefert eine plausible Analyse und Kritik aktueller Zugehörigkeitsdiskurse und nationaler Identitätsbildungsprozesse in Frankreich. Leider versäumt die Autorin, Ross und Reiter beim Namen zu nennen. So bleibt völlig unklar, welche gesellschaftlichen Gruppen sich in den letzten

Jahrzehnten an der Konstruktion einer neorepublikanischen Ideologie beteiligt haben und wie diese aufgenommen bzw. plausibilisiert wurde. Dem Rezensenten scheint, dass sich hier ein genauerer Blick auf die frühen 1980er Jahre und das Entstehen des Kollektivakteurs „ImmigrantInnen der zweiten Generation“ bzw. die Reaktion auf diese Prozesse angeboten hätte (vgl. „25 Jahre ‘Marche des Beurs’: Kämpfe der Migration im Frankreich der 1980er Jahren und heute“, in *PERIPHERIE*, Nr. 114/115, S. 304-324).

Kolja Lindner

Nalini Visvanathan, Lynn Duggan, Nan Wiegersma & Laurie Nisonoff (Hg.): *The Women, Gender and Development Reader*. London: Zed Books 2011, 2. Aufl., 455 Seiten

Dieser Sammelband ist eine komplett überarbeitete, aktualisierte und um neue Artikel ergänzte Neuauflage des Standardwerks von 1997, das von WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen in gleicher Weise gerühmt wurde. Er bietet den LeserInnen eine facettenreiche Übersicht des breiten Themenspektrums zu Gender und Entwicklung. Die Schwerpunkte und Fragestellungen wurden in den letzten Jahren ausdifferenziert und erweitert. Daher greift das umfangreiche Buch auch aktuelle Probleme der globalen Ökonomie, internationalen Migration, Folgen des Klimawandels und die Auswirkungen von HIV/AIDS auf. Es umfasst vierundvierzig Beiträge, die in fünf Themenblöcke untergliedert sind. Im ersten, mit fünfzehn Texten umfangreichsten Teil geht es um die Geschichte und die theoretischen Ansätze zu Gender in der internationalen Entwicklungsforschung. Dabei werden

neben wirtschaftlichen Grundüberlegungen, friedenspolitische, religiöse und gesundheitsbezogene Aspekte diskutiert. Demgegenüber widmet sich der zweite Teil in sechs Beiträgen Haushalten, Familien und Arbeitsbereichen von Frauen. Die Autorinnen erörtern die Diskriminierungsmechanismen gegenüber Ehefrauen und Töchtern und fragen nach der Verantwortung von Männern im Rahmen sozialer Vaterschaft. Der dritte Teil nimmt Frauen in der globalen Ökonomie in den Blick. In ebenfalls sechs Aufsätzen werden Fallstudien zur internationalen Arbeitsteilung am Beispiel der Fabrikarbeit und der Care-Ökonomie vorgestellt. Die neun Artikel des vierten Teils untersuchen gesellschaftliche Veränderungen mit Bezug auf internationale Transformationsprozesse, bevor die Autorinnen der acht Artikel im fünften Teil die Selbstorganisation von Frauen in lokalen und transnationalen Organisationen oder Bewegungen analysieren.

Aus jedem Teil wird hier exemplarisch ein Aufsatz vorgestellt, der das große Spektrum des Sammelbands illustriert. *Shirin Rai* zeigt in ihrem informativen und ansprechend geschriebenen Text die internationalen politischen und ideologischen Debatten auf, in denen die Trendwende von den „Women in Development“- zu den „Gender and Development“-Ansätzen während der 1980er Jahre stattfand. Sie geht auch auf postmoderne feministische und strukturalistische Kritik an der Entwicklungspolitik ein, denn grundlegende Machtbeziehungen auf unterschiedlichen Ebenen und in Institutionen hätten bislang verhindert, dass Geschlechterhierarchien überwunden werden.

Der Frage, wie soziale Vaterschaft in Botswana definiert wird, widmet

sich *Kavita Datta*. Sie untersucht, wie Männer sich gegenüber den Kindern in ihren Familien verhalten, je nachdem, ob sie von ihnen selbst oder von anderen Männern gezeugt wurden. Dabei stellt sie das Familienrecht, die familiären Probleme durch HIV/AIDS sowie die gesellschaftliche Definition von sozialer Verantwortung in Rechnung. Sie illustriert anschaulich, dass Männer flexibel mit Normen und Rollenerwartungen umgehen, und legt dar, wie das Verhältnis zwischen Vätern und Söhnen im Lebenszyklus sowie unter Bezug auf die jeweilige Familienkonstellation variiert.

Jean Pyle beleuchtet die vielschichtigen sozio-ökonomischen Hierarchien und geschlechtsspezifischen Diskriminierungen in Folge transnationaler Migration. Sie konzentriert sich auf Frauen aus den Philippinen, die in Honkong, Singapur und Malaysia als Krankenschwestern oder Hausangestellte arbeiten. Dabei untersucht sie nicht nur die Ausbeutungsverhältnisse, mit denen die Migrantinnen konfrontiert werden. Vielmehr beachtet sie auch die familiären Umbrüche in den Herkunftsgesellschaften, etwa die Schwierigkeiten der Kinder, die von Verwandten unzureichend versorgt werden, oder die Identitätsprobleme der Ehemänner, die vom Lohn der Frauen abhängig werden und sich als Männer wertlos fühlen. Zur Überwindung der mannigfaltigen Strukturprobleme und in kritischer Auseinandersetzung mit dem Fehlverhalten von Regierungen verlangt sie grundlegende Reformen der arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene.

Friedensorganisationen, die Frauen in afrikanischen Ländern gründeten,

stellt der Beitrag von *Aili Maria Tripp*, *Isabel Casimiro*, *Joy Kwesiga* und *Alice Mungwa* vor. Die Autorinnen gehen insbesondere auf deren Handlungsansätze und Grenzen in Uganda, Mosambik und Liberia ein. Dadurch verdeutlichen sie die komplexen Verbindungen zwischen Friedens- und Entwicklungsprozessen. Zudem skizzieren sie die Bemühungen von Friedensaktivistinnen, tragfähige überregionale Netzwerke zu gründen und innerhalb der Afrikanischen Union friedenspolitische Ziele von Frauen zu verankern. Dabei stellen die Autorinnen Bezüge zu internationalen Abkommen her und reflektieren, inwieweit diese die politische Lobbyarbeit der Friedensaktivistinnen erleichtern.

Der Text von *Annette Aurélie Desmarais* untersucht die Mitwirkung von Frauen in der internationalen Bauernbewegung *La Via Campesina*. Diesem Netzwerk, das die neoliberale Agrarpolitik und die Industrialisierung der Landwirtschaft kritisiert, gehören inzwischen über 140 Organisationen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern aus Afrika, Asien und Lateinamerika an. Obwohl Frauen mindestens 20 % der Mitglieder stellen, waren sie bis 1996 in den Gremien und im Vorstand kaum vertreten. Schließlich gründeten sie auf der zweiten internationalen Konferenz in Mexiko 1996 eine Arbeitsgruppe, die eine Frauenkommission aufbaute. Sie setzte sich mit Geschlechterdiskriminierungen in den jeweiligen kleinbäuerlichen Gesellschaften und in ihren Organisationen auseinander. Zu ihren Erfolgen zählt die höhere Repräsentanz von Frauen in den Entscheidungsgremien und die Anerkennung von häuslicher Gewalt als ein Strukturproblem in vielen ländlichen Gesellschaften, das

ebenso überwunden werden muss wie die neoliberale Ökonomie. Die Autorin weist abschließend auf die Schwierigkeit hin, solche Forderungen in die Praxis umzusetzen, weil Einstellungs- und Verhaltensänderungen im Geschlechterverhältnis sehr langwierig und konfliktreich seien.

Insgesamt bietet der Sammelband eine informative und gut lesbare Palette an Beiträgen zu Gender und Entwicklung. Er dürfte als Handbuch nicht nur für Studierende oder DozentInnen von Interesse sein, sondern auch für PraktikerInnen, zumal bekanntlich etliche staatliche und nicht-staatliche Entwicklungsorganisationen sich darauf berufen, sie hätten die *Gender-Mainstreaming*-Prozesse längst abgeschlossen und deshalb sei Gender kein bedeutendes Thema mehr. Angesichts der massiven Ungleichheiten und hohen geschlechtsspezifischen Gewaltraten, die etliche Projektverantwortliche nur mit Schulterzucken zur Kenntnis nehmen, werden die Begrenzungen und die mangelnde Nachhaltigkeit bisheriger *Mainstreaming*-Bemühungen deutlich. Das Buch bietet Impulse, ehrlicher und differenzierter mit technokratischen Planungsvorgaben und komplexen Geschlechterhierarchien sowie dem Widerstand gegen Geschlechtergerechtigkeit umzugehen.

Rita Schäfer

Mohan Rao & Sarah Sexton (Hg.): *Markets and Malthus. Population, Gender, and Health in Neo-liberal Times*. Neu Delhi: SAGE 2010, 350 Seiten

Sechzehn Jahre nach der Internationalen Konferenz zu Bevölkerung und

Entwicklung 1994 in Kairo wagen Mohan Rao und Sarah Sexton mit ihrem Sammelband eine Rückschau auf die Prozesse, die sie in Gang gesetzt hat, und fragen, was sich seitdem im Bereich Bevölkerungspolitik und bezüglich des Versprechens getan hat, reproduktive Gesundheit und Rechte für alle zu gewährleisten. Das Anliegen einer Bestandsaufnahme ist begrüßenswert, ist es doch in herrschaftskritischen aktivistischen und akademischen Kreisen erstaunlich still um das Thema Bevölkerungspolitik geworden. Eine Kritik am Neo-Malthusianismus ist umso wichtiger, als in letzter Zeit – im Zeichen ökonomischer Krisen und des Anstiegs der Weltbevölkerung auf 7 Mrd. Menschen – wieder offener über explizit bevölkerungsregulierende Maßnahmen im globalen Süden diskutiert wird.

In dem Sammelband geht es vornehmlich um die Diskurse, die in „Kairo“ zusammenliefen, und um deren anschließende Verläufe, aber auch um quantitativ vorgehende Analysen bezüglich der Entwicklung von Gesundheitsindikatoren und -finanzierung. Unter die Lupe genommen werden internationale Aushandlungsprozesse und Diskursverschiebungen um „Kairo“, nationale Umsetzungsprogramme, die globale und lokale Arbeit von Frauenbewegungen sowie die NGOisierung der Bevölkerungspolitik. Das Buch bringt sowohl kontinentübergreifende als auch kontinentspezifische (Lateinamerika, Afrika) und länderspezifische Studien (Tansania, Uganda, Ägypten, Indien, China, USA). Europa bleibt gänzlich ausgespart, auch wenn nationale und EU-Debatten um Migration und Alterung der Gesellschaft sicherlich wichtige Erkenntnisse über das

Zusammenspiel „qualitätsorientierter“ und „quantitätsorientierter“, anti- und pro-natalistischer Bevölkerungspolitik hätte liefern können. Ein Großteil der versammelten Aufsätze erschien bereits in zwei Ausgaben des *Indian Journal of Gender Studies* (2006: Bd. 13, Nr. 2 und 2007: Bd. 14, Nr. 3), bei dem Herausgeber Rao als Beiratsmitglied fungiert. Darum sollen im Folgenden vor allem die noch nicht veröffentlichten Aufsätze im Mittelpunkt stehen.

In ihrem Beitrag „Redefining and Medicalizing Population Policies: NGOs and Their Innovative Contributions to the Post-Cairo Agenda“ macht sich Susanne Schultz daran zu ergründen, warum große Frauengesundheits-NGOs im Anschluss an „Kairo“ Menschenrechtsverletzungen bei Sterilisierungskampagnen in Peru nicht vehement kritisierten. Pragmatische Notwendigkeit oder Kooptierung durch das Bevölkerungs-Establishment seien dabei nicht erklärungs mächtig für ein Ende jeglicher Herrschaftskritik und die aktive Teilnahme an internationaler Bevölkerungspolitik seitens eines Großteils der Frauengesundheitsbewegung. Vielmehr sei diese Entwicklung als ein Ausdruck der Transformationen des hegemonialen internationalen Bevölkerungs-Projekts zu verstehen. In dieses konnten Frauengesundheits-NGOs ihre Konzepte wie reproduktive Rechte, reproduktive Gesundheit und *Empowerment* verankern, indem sie aktiv an der Schaffung einer neuen bevölkerungspolitischen Konstellation mitwirkten. Daraus resultierte ein Zusammenspiel von individuellen, (neo-)liberalen Körperpolitiken unter dem Credo von Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortlichkeit mit Makro-Strategien

der Bevölkerungsreduzierung. Um das biopolitische, anti-natalistische Moment internationaler Post-Kairo-Bevölkerungspolitik zu verstehen, müssten unter anderem deren inhärenter Rassismus und die Ausblendung der Klassegegensätze analysiert werden. Denn sie bildeten die Grundlage, auf der überhaupt erst entschieden werde, welche Bevölkerungen und Bevölkerungsgruppen als überflüssig gelten. Theoretisch fundiert und empirisch gesättigt bestätigt Schultz' Beitrag die Argumentation des Überblicksartikels „A Decade and More after Cairo: Women's Health in a Free Market Economy“ von *Sarah Sexton* und *Sumati Nairs*: Die Allianz zwischen konservativem Bevölkerungsestablishment und einem Großteil der Frauengesundheitsbewegung in Kairo habe im Kontext von Neoliberalisierung zu einer Verstetigung demographischer Zielsetzungen und der Aufweichung der ursprünglich radikalen feministischen Forderungen geführt. Schultz' Beitrag zeigt beispielhaft, wie fruchtbar eine Verbindung von akteurszentrierten Analyseansätzen mit kritischer Staats- und Diskurstheorie ist, um die komplexen Transformationen internationaler Politik begreifbar und kritisierbar zu machen.

Die Umsetzung der in Kairo beschlossenen Grundsätze untersucht *Lisa Ann Richey* („Reproductive Health, Family Planning, and HIV/AIDS: Dangers of (Dis)Integration in Tanzania and Uganda“) anhand der jeweiligen Agenda zu reproduktiver Gesundheit und HIV/Aids in Tansania* und Uganda. Stärker normativ, positivistisch und quantitativ argumentierend als Schultz kommt sie zu dem Schluss, dass eine erfolgreiche Politik zu reproduktiver Gesundheit, welche über Familienplanung hinausgeht

und HIV/AIDS einbezieht, fundamental von der internationalen Agenda und von internationaler finanzieller Unterstützung abhängt. Deutlich stellt sie heraus, welche desaströsen Auswirkungen Strukturanpassungsmaßnahmen, ökonomische Krisen und die Schwerpunkte von so genannten Gebern in beiden Ländern hatten. Sie offenbart auch, wie es aufgrund von historischen Erfahrungen, distinkten Akteurskonstellationen und unterschiedlichen Agenden dazu kam, dass unterschiedliche Komponenten reproduktiver Gesundheit verschieden starke Aufmerksamkeit erhielten: In Tansania konzentrierte man sich vor allem auf eine Senkung der Fertilitätsraten, während in Uganda Kampagnen gegen die Verbreitung von HIV/AIDS die Agenda bestimmten. Es ist nicht nachvollziehbar bzw. bedauernswert, dass die Autorin die beiden Fälle abschließend nicht deutlich aufeinander bezieht und miteinander vergleicht, obwohl sie sie nach den gleichen Analysefragen untersucht. Zudem ist der Beitrag offenbar mit einigen Jahren Verzögerung erschienen, denn er ist nicht auf dem aktuellen Stand der Diskussion um die Integration von Programmen zu reproduktiver Gesundheit und HIV/AIDS.

Susan Greenhalgh analysiert in ihrem Beitrag „China's Population Policies: Engendered Biopolitics, the One-child Norm, and Masculinization of Child Sex Ratios“ die produktiven, neue Orte der Auseinandersetzung und neue Subjekte hervorbringenden Seiten der Ein-Kind-Politik. In historischer Perspektive zeichnet sie die Transformationen von einer von Gewalt gekennzeichneten staatszentrierten zu einer zunehmend neoliberalen Biopolitik nach. Dabei zeigt sie die unterschiedliche Ausformung

von Bevölkerungspolitik auf dem Land und in der Stadt auf: Während in den Dörfern Gewalt und Widerstand an der Tagesordnung waren und der Kinderwunsch sich erst durch langjährige Propaganda und wirtschaftliche Zwänge verringerte, war die Ein-Kind-Politik in den Städten seit den 1980er Jahren leichter durchzusetzen. Hier spielte vor allem die soziale Kontrolle eine größere Rolle. Die „Selbstführung“ der Subjekte setzte merklich früher ein. Mit der Stärkung einer auf „Qualität“ setzenden staatlichen Politik seit den 2000ern erblickten die „gute“, sich aufopfernde, rational handelnde Mutter sowie ihr diszipliniertes, konsumorientiertes „Qualitäts-Einzelkind“ das Licht der Welt. Diese bleiben aber „in einem Meer von bäuerlichem Leiden und weiblichem Opfer“ (326) eine städtische Ausnahmeerscheinung. Der Beitrag ist höchst informativ und anschaulich geschrieben. Es ist jedoch nicht ersichtlich, was er mit der Kairo-Konferenz zu tun hat, die er nur ein einziges Mal nebenbei erwähnt. Zudem lässt er einen Anti-Natalismus durchscheinen, der sich beispielsweise darin ausdrückt, dass er zwar die Durchführung von Bevölkerungspolitik in China kritisiert, aber die erreichte Verlangsamung des Bevölkerungswachstums positiv bewertet. Hier ist spürbar, dass die Autorin China-Spezialistin des Population Council war, der zu den Architekten des Kairo-Prozesses gehörte. Völlig unangemessen ist es, bei einem Land mit fast anderthalb Mrd. EinwohnerInnen fortwährend von einer homogenen Kultur zu sprechen.

Der Sammelband stellt eine reiche Fundgrube an Perspektiven auf bevölkerungspolitische Debatten und Interventionen vor, während und nach der

Kairo-Konferenz dar. Dabei ist besonders erfreulich, dass dem der internationalen Bevölkerungspolitik inhärenten Ökonomismus große Aufmerksamkeit geschenkt wird. So wird hervorgehoben, dass (neo-)malthusianisches Denken und Handeln von Anbeginn der Verteidigung von Kapitalinteressen dienten. Insgesamt schafft es der Band, Auseinandersetzungen um Bevölkerung und Gesundheit zu repolitisieren und reproduktive Gesundheit von der Seite weltweiter Armut und globaler Ungleichheit her zu denken. Die meisten Beiträge stimmen darin überein, dass Kämpfe für reproduktive und sexuelle Gesundheit und Rechte letztlich immer an Grenzen stoßen, wenn sie innerhalb eines neo-malthusianischen Rahmens und neo-liberaler Politikausrichtung verbleiben. Der Verlag SAGE kündigt das Buch als eine Aufsatzsammlung führender WissenschaftlerInnen aus der ganzen Welt an, welche zum ersten Mal an einem Ort zusammengeführt würden. Dies ist nur bedingt der Fall: Zum einen fehlen afrikanische und lateinamerikanische AutorInnen gänzlich, zum anderen war ein Großteil der Beiträge, wie bereits erwähnt, schon im *Indian Journal for Gender Studies* versammelt worden. Es wäre meines Erachtens redlich, dies, wenn schon nicht in der Ankündigung des Buches, so zumindest in der Einleitung zu erwähnen.

Daniel Bendix

Anmerkung

- * Siehe zu Bevölkerungspolitik in Tansania auch Richeys Monographie, rezensiert in *PERIPHERIE*, Nr. 118/119, S. 371ff (2010).

Gülay Çağlar, Maria do Mar Castro Varela & Helen Schwenken (Hg.): *Klima – Macht – Geschlecht. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit* Leverkusen-Opladen u.a.: Barbara Budrich 2012, 218 Seiten

Die Debatte um den anthropogenen Klimawandel und dessen politische Bearbeitung scheint nach wie vor stark geprägt durch eine „Technikgläubigkeit“ (7), die seine sozialen Dimensionen aus dem Blick geraten lässt. Daher ist es das Anliegen der Herausgeberinnen, aktuelle internationale feministische Debatten um Klimawandel zu beleuchten und der Frage nachzugehen, „wie der politische Umgang mit dem Klimawandel zur Reproduktion von sozialer und politischer Ungerechtigkeit in den Geschlechterverhältnissen beiträgt“ (8). Mit einem Fokus auf Macht- und Herrschaftsdimensionen als zentrale Konstitutionsfaktoren von Geschlechter- und Naturverhältnissen, greifen sie eine Kernidee der Feministischen Politischen Ökologie wieder auf und weisen damit auch auf eine zentrale Verkürzung in der Debatte hin: den Vulnerabilitäts- und Viktimisierungsdiskurs, der an essentialistische Argumente anknüpft und strukturelle geschlechtsspezifische Ungleichheitsverhältnisse ignoriert.

Der Band versammelt in drei Themenabschnitten neben der Einleitung der Herausgeberinnen insgesamt 11 Beiträge von Autorinnen, die sich in ihrer Arbeit intensiv mit den Wechselwirkungen von Geschlechter- und Naturverhältnissen in Industrieländern oder aus einer Süd-Nord-Perspektive auseinandersetzen.

Im ersten Abschnitt zu Fragen der (Geschlechter-)Gerechtigkeit beschäftigen

sich sowohl *Claudia von Braunmühl* als auch *Dagmar Vinz* aus *governance*- und demokratietheoretischen Perspektiven mit der Klimapolitik. Vinz stellt hierbei verschiedene Szenarien von Nachhaltigkeitspolitik gegenüber, die sie unter Bezugnahme auf gerechtigkeits-theoretische Ansätze von Nancy Fraser auf Bedingungen und Implikationen für Geschlechtergerechtigkeit prüft. Einen stärker systematisierenden Überblick über verschiedene Stränge der geschlechtersensiblen Klimaforschung bietet *Sybille Bauriedl*. Dabei identifiziert sie die Anknüpfungspunkte an die Geschlechterforschung. Indem sie die in der Klimadebatte existierenden impliziten essentialistischen, gleichheits- oder differenzorientierten Geschlechterbegriffe herausarbeitet, zeigt sie einige zu bewältigende Herausforderungen auf: So bedürfe es der Öffnung gegenüber weiteren intersektionalen Strukturkategorien sozialer Ungleichheit, um zu einem differenzierteren Bild über mögliche Handlungsoptionen im Umgang mit dem Klimawandel zu gelangen.

Der zweite Abschnitt widmet sich internationalen klimapolitischen Instrumenten und Strategien. *Jyoti Parikh* identifiziert in ihrem politisch argumentierenden Beitrag geschlechtsbezogene Dimensionen von Verwundbarkeit und Anpassung, indem sie verschiedene empirische Dimensionen von Geschlechterungleichheiten aufzeigt. Zudem betont sie die bedeutsame Rolle, die Klimaschutzprojekte und der damit verbundene Wissenstransfer für das *Empowerment* von Frauen im Umgang mit dem Klimawandel spielen können. Sie plädiert für eine umfassende Ausweitung von *Gender-Mainstreaming*-Instrumenten in klimapolitischen Strategien. Anhand

der Infrastrukturpolitik in den Feldern Wasser und Verkehr kritisiert *Christine Bauhardt* das globale, naturwissenschaftliche und technische *Framing* von Umwelt- und Klimawandel. Darin werde der Zusammenhang von globalen politischen Problemlösungen mit lokalen Lebens- und Machtverhältnissen zu wenig berücksichtigt. Bauhardts Konzept des Zugangs und der Nutzung sowie der politischen Gestaltung des Umgangs mit Ressourcen ist „radikal lokal“ (111) und fordert den Anschluss von Politiken an die unmittelbaren, konkreten und spezifischen Lebenskontexte der Bevölkerung. *Birte Rhodenberg* und *Liane Schalatek* unterziehen die zentralen Instrumente der Klimaschutz- und Anpassungspolitik einer kritischen Überprüfung in Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit. Sie fordern ein „doppeltes Mainstreaming“ (117): einerseits ein *Mainstreaming* der Anpassungspolitik, andererseits ein *Gender-Mainstreaming* in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Rhodenberg zeigt die engen Verknüpfungen von entwicklungs- und anpassungspolitischen Herausforderungen auf, wenn sie betont, eine wesentliche Ursache geschlechtsbezogener Verwundbarkeit liege in der geschlechtlichen Arbeitsteilung und den daraus resultierenden eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten von Frauen. Sie weist dabei auf konkrete Möglichkeiten der Erweiterung geschlechtsbezogener Handlungsspielräume hin.

Im dritten Abschnitt zu feministischen Diskursen im Klimawandel sieht *Susanne Lettow* die Notwendigkeit einer „Rekonzeptualisierung des Verhältnisses von Natur und menschlichen Körpern“ (168). Sie geht der Frage nach, wie aufnahmefähig die Ansätze Bruno Latours

und der Frankfurter Sozialen Ökologie für eine Perspektive auf Geschlechterverhältnisse sind. Obwohl beide Ansätze den Anspruch erheben, den Dualismus von Natur und Mensch aufzulösen, kommt Lettow zu dem Schluss, dass es ihnen nicht gelingt, gesellschaftliche Naturverhältnisse konsequent auch als vergeschlechtlichte Auseinandersetzungen und Aushandlungsprozesse zu betrachten. Ines Weller verdeutlicht anhand empirischer Befunde zu den Klimaeffekten des Konsumverhaltens, dass Produktions- und Konsummuster eindeutige Geschlechterdimensionen aufweisen, die jedoch differenziert zu betrachten sind. Ewa Charkiewicz kritisiert die herrschende technologische und marktliberale Problembearbeitung des Klimawandels. Innerhalb dieser „Biopolitik“ (191) würden Diskussionen über Armut und Verteilung oder Produktion und Konsum überflüssig. Aufgrund der „geschlechtlichen Arbeits- und Verantwortungsteilung“ trügen Frauen die Hauptlast der ökologischen und sozialen Kosten. Sie konstatiert, in der geschlechtsbezogenen Umweltforschung habe sich zudem ein „feministischer Managerialismus“ durchgesetzt, der nicht mehr in der Lage sei, die „Einfriedung des feministischen und ökologischen Diskurses in der Marktrationalität herauszufordern“ (196). Mit dem *Gender-Mainstreaming* in den internationalen Klimaverhandlungen befasst sich Sonalini Kaur Sapra. Sie zeigt, dass sich nicht nur aufgrund undemokratischer Verfahrensregeln oder Ausschlussmechanismen, sondern auch wegen unterschiedlicher Ansprüche und Strategien der feministischen AkteurInnen selbst lediglich eine schwache Variante des *Gender-Mainstreaming* habe durchsetzen können.

Insgesamt bietet der Band einen sehr guten Überblick über die heterogenen Debatten zum Thema in Nord und Süd. Trotz der Vielfalt der Perspektiven findet sich in nahezu allen Beiträgen die Kritik an dem technokratischen, ökonomistischen und naturalisierenden Diskurs um Klimawandel wieder, in dem soziale, politische und damit auch vergeschlechtlichte Machtverhältnisse nur unzureichend erfasst werden und sich androzentrische Problemlösungsansätze durchsetzen. Übereinstimmung herrscht auch in der Infragestellung kollektiver Kategoriebildungen, die immer wieder zu essentialistischen Geschlechterzuschreibungen führen. Vor allem mit Analysen, die die polit-ökonomischen Verhältnisse in das Zentrum der Betrachtung rücken, wie z.B. der Beitrag von Charkiewicz, oder Ansatzpunkte für die Ausweitung von geschlechtsbezogenen Anpassungskapazitäten und damit Möglichkeiten für die Veränderung von Geschlechterverhältnissen aufzeigen, wie Rhodenbergs Beitrag, setzt der Band diesen Narrativen überzeugende Alternativen entgegen.

Sarah Hackfort

Jane Pollard, Cheryl McEwan & Alex Hughes (Hg.): *Postcolonial Economies*. London: Zed Books 2011, 239 Seiten

Wenn es eine sozialwissenschaftliche Disziplin gibt, die sich bisher noch mehr als die Politikwissenschaft gegenüber postkolonialer Theorie als immun (oder böswilliger ausgedrückt: als ignorant) erwiesen hat, dann ist dies die Wirtschaftswissenschaft. Der vorliegende Sammelband will hier Abhilfe schaffen und „einen Raum für beginnende

Debatten über Postkolonialismus und seine Auseinandersetzung mit 'dem Ökonomischen' bieten" (1). Bezeichnenderweise sind die HerausgeberInnen sowie sieben der neun AutorInnen selbst keine ÖkonomInnen, sondern kommen meist aus der Humangeographie. Das Anliegen ersterer ist es, die in die Jahre gekommene Kritik, postkoloniale Ansätze würden in materiellen Verhältnissen wurzelnde Machtverhältnisse ausblenden und sich so zu Komplizinnen des Kapitalismus machen, durch eine „Postkolonialisierung“ der Sicht auf die Ökonomie zu widerlegen. Bisher, so wird zutreffend diagnostiziert, würden diese Theoriekonzepte allzu oft auf dependenztheoretische oder Weltsystem-Ansätze zurückgreifen: „die beeindruckende Kreativität und Raffinesse, die postkoloniale Kritik im Bereich kultureller Analysen an den Tag legt, erstreckt sich nicht auf die Behandlung der Ökonomie“ (9).

In Teil 1, „Das Ökonomische theoretisieren“, befasst sich *Dipesh Chakrabarty* mit der Studie von Kenneth Pomeranz „The Great Divergence“, in der deren Autor durch vergleichende Studien der frühen Neuzeit in Europa und Asien die Kontingenz und Zufälligkeit der industriellen Revolution hierzulande nachweist, sich dabei aber des üblichen ökonomischen Vokabulars von „Land“, „Arbeit“ und „Kapital“ bedient. Dies problematisiert Chakrabarty: die Begriffe seien nicht nur analytische Kategorien, sondern auch politische Konstrukte europäischen Ursprungs. Die Kategorie der Effizienz oder Produktivität von Arbeit sei z.B. in Debatten um „schmarotzende Arme“ und „faule Eingeborene“ geprägt worden; „Land“ als abstraktes Objekt sei manchen indigenen Sprachsystemen fremd bzw. habe andere Bedeutungen

und Konnotationen als im Westen. Eine postkoloniale politische Ökonomie müsse daher historische Prägungen und kontextspezifische Verschiebungen der Semantik in die Analyse einbeziehen. *Eiman Zein-Elabdin* geht ebenfalls an die Grundlagen der Disziplin und vertritt die These, ein postkolonialer Ansatz der Ökonomie müsse die vorherrschende „Überbaukonzeption von Kultur“ überwinden, die auf einer ontologischen Trennung von Kultur und Ökonomie beruhe und sowohl bei marxistischen als auch bei weberschen Theorien zu finden sei. Auch wenn ihre Identifizierung ökonomischer Überlegungen bei Edward Said, Gayatri Chakravorty Spivak und Homi K. Bhabha bestenfalls nur zum Teil überzeugt und ihre Sympathie für institutionalistische Ansätze überrascht, ist ihre These, Kultur und Ökonomie müssten als Ganzes gedacht werden, da Werte und Bedeutungszuweisung auch in der Sphäre der Produktion und Reproduktion immer eine Rolle spielten, jedoch durchaus einleuchtend. Hier wäre die Berücksichtigung des *Post-Development*-Ökonomen Serge Latouche nützlich gewesen, der die Willkür herausgearbeitet hat, mit der aus der Fülle menschlicher Aktivitäten einige als ökonomisch gekennzeichnet werden.

Ebenfalls mit den Implikationen der Dichotomien Ökonomie vs. Kultur und materiell vs. diskursiv beschäftigt sich *Roger Lee*, ohne sie allerdings komplett über Bord zu werfen. Wie viele andere AutorInnen im Sammelband knüpft er an die Überlegungen J.K. Gibson-Grahams zur performativen Reproduktion einer kapitalismuszentrierten Weltsicht auch in kritischen Theorien an und fordert eine stärkere Aufmerksamkeit für alternative Ökonomien. Weiterhin müsse es statt um

universelle Gesetzmäßigkeiten – nicht nur in der Wirtschaftsgeographie – um „schwache Theorie“ gehen, die auf simplifizierende Verallgemeinerungen verzichten und dennoch Produktion, Tausch und Konsum einschließlich ihrer politischen Dimension untersuche. Postkolonialismus sei dabei dem Widerstand gegen Prozesse des *Othering* verpflichtet. Sehr viel weniger abstrakt argumentiert *Wendy Larner*: Anhand ihrer eigenen Biographie diskutiert sie nicht nur die Theoretisierung ökonomischer Geographien als spezifisch verortetes, situiertes Wissen, sondern illustriert vor dem Hintergrund ihrer Prägung durch antikoloniale Kämpfe der Maori, dass metropolitane und periphere Strukturen der Wissensproduktion heterogener und verflochtener sind, als diese Kategorien suggerieren.

Der zweite Teil bringt empirische Fallstudien. *Nitasha Kaul* untersucht den Janpath-Basar in Neu Delhi. Im Unterschied zur üblichen Darstellung, die sich auf die Abweichungen des Basars von der europäischen Norm des Marktes konzentriert, zeigt sie ihn als vielschichtigen, umkämpften Raum der Aushandlung von ökonomischen, stadtpolitischen und geschlechterpolitischen Konflikten. *Hilary Lim* befasst sich mit zwei finanziellen Institutionen islamischen migrantischer Gemeinschaften (Hawala und Waqf) und ihrer Anerkennung bzw. Nichtanerkennung durch das britische Rechtssystem. Während Hawala als Transfer von Geldwerten in das Herkunftsland in einem juristischen Streitfall als „fremdartige“ und unrechtmäßige Aktivität eingestuft wird, hat die gleichermaßen charakterisierte Institution des Waqf unter der Rechtsform gemeinnütziger Treuhandfonds eine indirekte Anerkennung oder zumindest

Duldung gefunden. Ebenfalls mit Migration in Großbritannien setzt sich *Cathy McIlwaine* auseinander. Sie kommt auf der Grundlage von etwa 100 Interviews mit lateinamerikanischen MigrantInnen zu dem Schluss, dass die postkoloniale Forschung jenseits der Betonung von transnationalen Räumen und hybriden Identitäten die für Migrationsentscheidungen und Lebensumstände meist im Vordergrund stehenden materiellen Fragen stärker in den Blick nehmen muss.

Im letzten Teil, in dem es um „Politik und Praktik“ („policy and practice“) gehen soll, kritisiert *Christine Sylvester* den verengten Blick der Entwicklungsforschung und -politik: Sie nähmen Menschen nur als ökonomische „Strichmännchen“ (191) wahr, ihre darüber hinausgehenden Bedürfnisse – und mit ihnen verknüpfte Disziplinen wie Psychologie und Literaturwissenschaften – ignorierten sie: „Die Subalternen müssen essen und arbeiten, nicht Romane lesen oder Gedichte schreiben“ (191). Dementsprechend dürfe es nicht nur um eine neue Weltwirtschaftsordnung gehen, die Auseinandersetzung mit Einzelschicksalen und den Entscheidungen individueller Akteure im krisenhaften Umfeld sei notwendig. Dass sie ihre Argumentation durch Passagen aus Romanen untermauert, dürfte LeserInnen beinahe ebenso irritieren wie ihre Bezugnahme auf ausgewiesene Neoliberale wie Paul Collier und Dambisa Moyo. *Patricia Noxolo* schließlich untersucht die moralische Ökonomie entwicklungspolitischer Freiwilligendienste und arbeitet in Interviews heraus, dass sie geprägt ist von dem altruistischen Motiv des Gebens („gifting“ nach Ilan Kapoor) einerseits und einem professionellen Transnationalismus andererseits,

der Auslandsaufenthalte als Weiterqualifikation zur Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt sieht. In jedem Fall würden jedoch Differenzen zwischen „uns“ und „den Anderen“ im Hinblick auf Status, Mobilität und Wert der Arbeitskraft reproduziert, gerade auch gegenüber MigrantInnen aus dem Süden und „normalen“ ArbeitsmigrantInnen aus dem Norden. Weder die Freiwilligendienste ermöglichenden Privilegien noch die mit ihnen verbundene kulturelle Aufwertung bestimmter Fähigkeiten und Wissensformen dürften dabei außer Acht gelassen werden (222f).

Der Band, dem ein klärendes Schlusskapitel angesichts zahlreicher Unstimmigkeiten zwischen den Beiträgen gut getan hätte, leistet gleichwohl Pionierarbeit: Er erschließt das weite Feld der Ökonomie einer durch postkoloniale Theorie informierten Analyse. Dass er dies in den empirischen Kapiteln nur streiflichtartig vermag, ist selbstverständlich. Wichtiger hingegen sind die hier angerissenen Grundsatzdiskussionen, die v.a. marxistische Positionen und Kategorien herausfordern. Man darf auf die Fortsetzungen gespannt sein.

Aram Ziai

Abhijit V. Banerjee & Esther Duflo: *Poor Economics. A Radical Rethinking of the Way to Fight Global Poverty*. New York, NY: Public Affairs 2011, 320 Seiten

Seit Juni 2003 betreiben der indische Autor und die französische Autorin das *Abdul Latif Jameel Poverty Action Lab* (J-PAL) am *Massachusetts Institute of Technology* (MIT) in Boston. Mit den dort erarbeiteten Ergebnissen machen die Ökonomin und der Ökonom derzeit

große Schlagzeilen, nicht zuletzt aufgrund ihrer hier zu besprechenden letzten Veröffentlichung. Darin fassen sie Erkenntnisse der letzten Jahre aus knapp 240 Felduntersuchungen in asiatischen und afrikanischen Entwicklungsländern zusammen. Das Buch besteht aus zwei großen Abschnitten. Der erste beschreibt verschiedene Lebensumstände, die die Armen dieser Welt in eine Armutsfalle führen können. Hierzu zählen Unterernährung, Krankheiten, fehlende oder mangelhafte Bildung sowie eine defizitäre Familienstruktur. Im zweiten Abschnitt widmen sich die Autoren den verschiedenen Institutionen, an denen die Entwicklungsökonomie ansetzt. Bei ihren Forschungen haben sich Esther Duflo und Abhijit V. Banerjee methodisch von der Medizin inspirieren lassen. Dort werden zufallsbasierte kontrollierte Studien (*randomized controlled trials* – RCT) zur Überprüfung von kausalen Zusammenhängen verwendet. Sie gelten als Kernstück der evidenzbasierten Medizin. Diese Methode haben Duflo und Banerjee zum zentralen Aspekt ihres Forschungsdesigns gemacht. Anstelle eines Medikaments testen sie Entwicklungsprogramme und deren Wirkung für unterschiedliche, zufällig ausgewählte Personengruppen. Abschließend empfehlen sie das am besten funktionierende Programm für alle einbezogenen Gruppen. Mithilfe der RCT gelingt es ihnen, zahlreiche bisher ungeklärte Entwicklungsprobleme näher zu ergründen.

Einleitend erläutern Duflo und Banerjee den Titel des Buches: „Die Mangelökonomie (*economics of poverty*, SW) wird allzu häufig mit armseliger Wirtschaft (*poor economics*, SW) verwechselt: Da die Armen wenig besitzen,

nimmt man an, ihre wirtschaftliche Existenz sei nicht von besonderem Interesse. (...) Um voranzuschreiten, müssen wir mit der Gewohnheit aufhören, die Armen auf Karikaturen zu reduzieren, und uns Zeit nehmen, ihr Leben, in all seiner Komplexität und in all seinem Reichtum, zu verstehen.“ (viii). Leitfrage des Buchs ist daher, ob die Armen dieser Welt genau wie alle anderen Menschen leben, nur eben mit weniger Geld, oder ob das Leben in extremer Armut tatsächlich völlig anders funktioniert. So viel vorweg: Das Buch kommt zu dem Ergebnis, dass sich das Leben in Armut tatsächlich nicht so einfach mit dem Leben in Wohlstand vergleichen lässt. Mittels der RCT zeigen die Autorin und der Autor einige typische Denkfehler externer Betrachter auf. Außenstehende gehen beispielsweise oftmals davon aus, dass die Armen ihr knappes Geld in quantitativ möglichst viele Nahrungsmittel stecken. Duflo und Banerjee haben indes zweierlei festgestellt: Erstens genießen Nahrungsmittel nicht immer die höchste Priorität. Da viele Arme in entlegenen Regionen leben, geben sie ihr Geld lieber für Freizeitaktivitäten oder auch Fernsehgeräte aus. Zweitens zeigen die Autorin und der Autor, dass arme Menschen nicht nur an der Quantität, sondern durchaus auch an der Qualität ihrer Ernährung interessiert sind.

Ein weiterer Entwicklungsaspekt, den Duflo und Banerjee anhand der RCT untersuchen, ist das Konzept der Mikrokredite. Dieses ist aus ihrer Sicht eindeutig als sinnvoll zu bewerten, aber es ist auch zu verbessern und teilweise einzuschränken. Zum einen empfehlen sie, Tilgungsraten zu verlängern. Zum anderen verweisen sie darauf, dass Mikrokredite vor allem Individuen

und Kleinunternehmern dienen, für größere Unternehmensprojekte bislang jedoch noch geeignete Finanzierungsmöglichkeiten fehlen: „Die nächste Herausforderung im Bereich der Entwicklungsfinanzen ist die Suche nach einem Finanzierungsweg für mittelgroße Unternehmen.“ (181)

Darüber hinaus analysieren Duflo und Banerjee auch Mikroversicherungen (beispielsweise gegen Ernteaussfälle). Sie zeigen, dass diese Form der Absicherung nur sehr begrenzt in Anspruch genommen wird. Diesen Umstand sehen sie darin begründet, dass das Versicherungsprinzip den armen Bevölkerungsgruppen in der Regel wenig bekannt ist. Zudem zählen Arme für die Versicherer zu der Gruppe, die die größten Risiken birgt. Dementsprechend gebe es nur wenige passende Versicherungsangebote. Die Autorin und der Autor schlagen daher vor, dass ein Teil der Versicherungszahlungen zunächst von staatlicher Seite übernommen werden sollte, um den Betroffenen den Zugang zum Versicherungssystem zu erleichtern. Darüber hinaus behandeln sie die Frage finanzieller Anlagemöglichkeiten für Arme und konstatieren, dass letztere vonseiten der Banken oft als uninteressante Kunden angesehen würden und ihr geringes Einkommen dadurch nur selten im Finanzsektor investieren könnten. Ähnliche Beobachtungen anderer Forscher waren daher auch der Anlass für die Einführung von Mikrokrediten.

Dank ihres neuen Ansatzes konnten Duflo und Banerjee zusätzliche Daten und differenzierte Ergebnisse gewinnen, die bei der Lösung von Entwicklungsproblemen hilfreich sind. Deshalb unterstreichen sie abschließend, dass Gesellschaftssysteme sowie politische Institutionen gründlich analysiert und

verstanden werden müssen, um sie – insbesondere auch mit Blick auf verbesserte Entwicklungsmöglichkeiten – reformieren zu können. Dank zahlreicher Fallbeispiele ist ihnen ein Buch gelungen, das neue wissenschaftliche Erkenntnisse und Ansätze einfach und prägnant vermittelt.

Sophie Waldschmidt

Christoph Marx: *Südafrika. Geschichte und Gegenwart*. Stuttgart: Kohlhammer 2012, 324 Seiten

Wer es unternimmt, eine Geschichte Südafrikas zu schreiben, stellt sich einer Reihe von Herausforderungen: Nach allem, was wir wissen, gehört das südliche Afrika zu den Weltregionen, in denen die Menschheitsgeschichte am weitesten zurückreicht; zugleich markieren die Umfahrung des Kaps der Guten Hoffnung durch portugiesische Seefahrer 1492 und die Gründung der Kapkolonie durch die niederländische Vereinigte Ostindien-Kompanie 1652 nicht nur den Beginn europäischer Präsenz und immer weiter verstärkter kolonialer Einwirkung, sondern auch den Zeitraum, ab dem sehr viel reichere, zumal auch schriftliche Quellen zur Verfügung stehen – freilich mit klar kolonialer Schlagseite. Nicht zuletzt umfasst das heutige Südafrika Regionen, die großenteils erst durch die koloniale Expansion und die Ausweitung der europäischen Siedlungszone in engeren Bezug zueinander getreten sind. Auch hier gilt, vielleicht in besonderem Maße, dass nationale Identifikationen der Herstellung eines staatlichen Zusammenhanges folgen und nicht umgekehrt. Es ist einer der Vorzüge des vorliegenden Buches, dass gerade dieser Prozess in seiner Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit, insbesondere aber als ein

Terrain gesellschaftlicher Kämpfe immer wieder herausgearbeitet wird.

Christoph Marx gibt nicht nur einen Überblick über das komplexe Geschehen, das immer wieder durch zeitliche Längsschnitte in Perspektive gebracht wird; er arbeitet auch klar die unterschiedlichen gesellschaftlichen, spätestens ab Mitte des 19. Jahrhunderts *nationalen* Projekte heraus, die auf dem Gebiet des heutigen Südafrika verfolgt wurden. Dies betrifft selbstverständlich die Herausbildung des Nationalbewusstseins der sich selbst als „Afrikaner“, bezeichnenden Buren, aber auch die am britischen *Empire* orientierten Strategien der englischsprachigen Bewohner, nicht zuletzt des ebenso visionären wie skrupellosen Cecil Rhodes, der Ende des 19. Jahrhunderts und vor dem Hintergrund der durch die großen Diamanten- und Goldvorkommen in Gang gesetzten Dynamik damit begann, die Kapkolonie zum hegemonialen Zentrum des Subkontinents auszubauen. Nicht vergessen werden dürfen die afrikanischen Gegenentwürfe – bis gleichfalls gegen das Ende des 19. Jahrhunderts ist die Geschichte der Kapkolonie, später auch von Natal, Transvaal und Oranje-Freistaat durchzogen mit Kriegen, in denen die Grenze der europäischen Siedlung immer weiter vorgeschoben und schließlich die afrikanischen Staaten und Gemeinschaften weitgehend unterworfen wurden. Der Burenkrieg (1899–1902) besiegelte dann die britische Vorherrschaft, leitete aber zugleich unter maßgeblicher Beteiligung weitsichtiger Buren-Generäle wie vor allem Louis Botha und Jan Smuts das Bündnis der konkurrierenden weißen Nationalismen unter Ausschluss der Schwarzen ein, das 1910 mit der Bildung der Südafrikanischen Union und drei Jahre später mit

dem folgenreichen *Land Act* besiegelt wurde, die Afrikanern Zugang zum größten Teil des Bodens verweigerte. Fast gleichzeitig fand der entstehende afrikanische Nationalismus mit der Gründung des African (Native) National Congress (ANC) 1912 neue Artikulationsformen.

Die Geschichte Südafrikas im 20. Jahrhundert kann dann als Auseinandersetzung dieser unterschiedlichen Kräfte gelesen werden, die zunächst in der Systematisierung der Rassentrennung und Ethnisierung von oben unter dem Apartheidsregime gipfelt, um schließlich nach heftigen Kämpfen zur formalen Demokratisierung unter Führung des ANC zu führen. Das Buch führt mit einer Bewertung der widersprüchlichen Präsidentschaft Thabo Mbekis und der aktuellen Herrschaft des „schwachen Präsidenten“, Jacob Zuma an die Schwelle der Gegenwart.

Es gelingt so eine interessant zu lesende Überblicksdarstellung, die den begrenzten Platz gut nutzt. Unvermeidliche Lücken fallen vor allem da auf, wo es um die regionale Bedeutung und Rolle Südafrikas geht – eine Fragestellung, die neuerdings für das gesamte 20. Jahrhundert griffig, wenn auch nicht ganz überzeugend als „South African Empire“, diskutiert wird. Andererseits sind auch die Verweise auf Kultur und Geistesleben zuweilen arg karg geraten, was wiederum den Restriktionen geschuldet ist, denen sich stellen muss, wer auf sehr begrenztem Raum ein reiche und vielschichtige Problematik behandeln soll. Insgesamt ist dies hier in oft überzeugender und anregender Weise gelungen.

Reinhart Kößler

Jens Kastner: *Alles für Alle! Zapatismus zwischen Sozialtheorie, Pop und Pentagon*. Münster: Edition Assemblage 2011, 119 Seiten

Zapatismus? Ach ja, da war noch was... Während sich die Aufmerksamkeit der linksalternativen Öffentlichkeit in den letzten Jahren eher nach Bolivien, Ekuador und Venezuela verlagert hat, diskutiert Jens Kastner die Auswirkungen und Implikationen des nunmehr fast volljährigen Aufstands im mexikanischen Südosten. Seinen Untersuchungsgegenstand, den „Zapatismus im weiteren Sinne, den Zapatismus als Diskurs“ (6) (im Unterschied zu den Praktiken in Chiapas, die den Zapatismus im engeren Sinn ausmachten) verortet der Autor in der vorliegenden Aufsatzsammlung dem Titel zufolge zwischen Sozialtheorie, Pop und Pentagon. Dies ist insofern etwas irreführend, als es um die letzten beiden Aspekte nur am Rande geht. Zwar werden die „Resonanzen des Zapatismus im internationalen Pop“ (13) erwähnt und eine Studie im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums dargestellt, die die Mobilisierung der Zapatistas auf ihre strategisch nutzbar zu machenden Erfolge hin untersucht (17ff), primär geht es in den Texten jedoch um Befreiungstheorie.

Kastner befasst sich mit der Frage nach dem „Unwahrscheinlichen“ (15), der Frage danach, „warum ausgerechnet der Zapatismus in den sozialen Bewegungen der Welt, in der Popkultur und dem Cyberaktionismus und eben selbst im Pentagon Widerhall gefunden hat“ (22), während dies anderen Bewegungen nicht gelungen sei. Dass dies dem Zufall, dem falschen Zeitpunkt oder der Repression geschuldet sei, verwirft der Autor als unbefriedigend, es gelte das

Unwahrscheinliche des zapatistischen Aufstands und seiner Erfolge zu analysieren. Entgegen orthodox-marxistischer Klassentheorie und der Holloway zugeschriebenen Position eines in allen Individuen latenten Freiheitsdrangs gegenüber den Zumutungen des Kapitalismus (21) betont Kastner die Wirksamkeit herrschaftsstabilisierender Mechanismen bei „ganz normalen Leuten“ – der Begriff der Hegemonie fällt an dieser Stelle noch nicht – und argumentiert: „Dass der zapatistische Kampf gegen die konkrete Kombination aus neoliberalem Kapitalismus, Rassismus gegenüber den Indigenen und der gewachsenen Armut ... weltweit anschlussfähig wurde, basiert nicht auf der gleichen sozialen Lage oder der Ähnlichkeit der Unterdrückungsformen, denen ihre UnterstützerInnen ausgesetzt sind. Vielmehr waren es die interpretatorischen Angebote, die aus dem lakandonischen Urwald ausgesandt wurden, die die Differenzen fruchtbar machen konnten.“ (27) Warum allerdings genau diese Angebote – das „fragende Voranschreiten“, die „Welt der vielen Welten“, das „Hinter unseren Masken sind wir ihr“ – von Teilen der Linken so begeistert aufgenommen wurden, warum der Zapatismus im Kampf um kulturelle Hegemonie so (relativ) erfolgreich war, diese Fragen verfolgt der Autor nicht hinreichend zielstrebig. Eine Analyse der Verschiebungen internationalistischer Ziele und Werte (und ihrer Ursachen!) deutet er nur an, so z.B. in den Ausführungen über die Ablehnung traditioneller Solidaritätsarbeit durch die Zapatistas.

Kastner gelingt es dennoch überzeugend, den Zapatismus sozialtheoretisch einzuordnen: als eine politische Position, die sich zwar auf den mexikanischen Nationalstaat beziehe, der es aber auch

um die „emanzipatorische Überwindung der nationalstaatlichen Ordnung des Sozialen“ (35) gehe; die kulturelle Differenz proklamiere, aber post-identitär und universalistisch nicht lediglich indigene Autonomie fordere, sondern eine Demokratisierung der Gesellschaft (49); die die „Kolonialität der Macht“ und die „ethnische Strukturiertheit des globalen Kapitalismus“ (93) offen lege und eine „Ausweitung des Politischen“ (97) betreibe. Kenntnisreich beschreibt er die innovativen Aspekte des Zapatismus ebenso wie seine Anknüpfung an libertäre Vorläufer, beispielsweise die Antiautoritäre Internationale. Und so wie er die Namensgebung der Bewegung als den Versuch deutet, die Ideale der mexikanischen Revolution von 1911 anzueignen, so ist analog seine Studie als diskursive Reklamierung des Zapatismus als kulturpolitischer, anarchistischer, postkolonialer Internationalismus zu sehen. Aus der von ihm nur skizzierten „post-differenzialistischen Position“ (103) propagiert er eine „kämpferische Praxis“ (105) des „offensiven Entzugs“ (104) gegenüber der herrschenden Ordnung und damit verbunden eine „antikoloniale, antikapitalistische Verschiebung von sozialen und politischen Kräfteverhältnissen“ (106). Jenseits der Annahmen einer essentialistischen Revolutionsbereitschaft der Menschen und angesichts der Wirkmacht kapitalistischer Konkurrenzverhältnisse erscheine eine solche Praxis als keineswegs selbstverständlich: Sie müsse „erprobt, fragend ertastet und erarbeitet werden“ (106). Kastners Texte sind ungeachtet einer oft wohlwollenden Interpretation des Zapatismus im engeren Sinne als durchaus gelungener Teil dieser Arbeit zu sehen.

Aram Ziai

Daniela Kälber: *Lebendige Gärten. Urbane Landwirtschaft in Kuba zwischen Eigenmacht und Selbstversorgung*. Hamburg: Peter Lang 2011, 142 Seiten

Mit dem Ende der Sowjetunion erlebte Kuba zwischen 1989 und 1991 eine Verringerung seines Außenhandelsvolumens sowie Importeinbußen von 60 bis 80 %, von denen sich das Land wirtschaftlich immer noch nicht erholt hat. Durch den Zusammenbruch der staatlichen Versorgungsketten in Industrie und Verkehr herrschten gravierende Mängel in nahezu allen Lebensbereichen. Die 1990er Jahre waren in der Sonderperiode in Friedenszeiten (*periodo especial en tiempos de paz*) gekennzeichnet durch eine neue, dezentrale Agrar- und Versorgungspolitik, die es den Menschen bis heute ermöglicht, selbst angebaute Produkte auf Bauernmärkten (*mercados campesinos*) oder an eigenen Ständen zu verkaufen. Die Transformation der zentralsozialistischen Versorgungspolitik führte zu mehr Eigenmacht kleinteiliger Lebensmittelproduktion, andererseits zu neuen Abhängigkeiten der Produzenten durch aufgezwungene staatliche Hybrid-Saatgutzuteilung oder durch ein Waren-Plansoll.

Die vorliegende Studie untersucht mit Augenmerk auf urbane Großräume die Folgen der Entstehung selbstversorgender Landwirtschaft. Sie ordnet den weltweit zu beobachtenden Prozess zunehmender urbaner Subsistenzwirtschaft in die Zusammenhänge einer unaufhaltsamen, marktwirtschaftlichen Industrialisierung ein, von der auch Kuba beeinflusst ist. Dazu analysiert sie Arten der Selbstversorgung in Havanna als großstädtischem Ballungsraum mit allen vergleichbaren

Kennzeichen anderer moderner Großstädte, in denen zunehmend urbane Landwirtschaft betrieben wird. Die Autorin skizziert sozio-politische Prinzipien und ökonomische Funktionsweisen dieser Landwirtschaft, die den Zusammenbruch staatlicher Versorgungsnetze in wirtschaftlichen Krisenzeiten bei gleichzeitigem Zuzug von Menschen in die Städte dokumentieren (23). Die Mangelversorgung in Kuba ließ tausende privater und kooperativer Gärten entstehen. Die Selbsthilfestrategien eigenmächtiger Versorgung waren ein wichtiger Faktor, „dass auf den Kollaps der Staatswirtschaft kein gesellschaftlicher Kollaps nachfolgte“ (37). Damit waren aber auch neue Warenaustauschverhältnisse als Ausdruck von Selbstbestimmung eröffnet. Vor diesem Hintergrund legte der Staat in der dritten Agrarreform Bedingungen für den städtischen Ackerbau fest.

In Havanna dienen private Gärten neben der unmittelbaren Versorgung der Familie auch dem Tausch und Verkauf. Im Unterschied zur staatlich regulierten Produktion kooperativ organisierter Stadtgärten besteht die besondere ökonomische Leistung dieses informellen Wirtschaftens in einer kurzfristigen Produktionskette von der Aussaat über die Ernte bis hin zum Verzehr mittels langfristig ausgerichteter nachbarschaftlicher Beziehungen, weil sich der Verkauf an Kooperativen vom Kosten-Nutzen-Aufwand nicht lohnt. Diese Wirtschaftsform wird vom Staat nicht kontrolliert, die Preise sind ungebunden, der Warenverkehr ist nicht organisiert. Dennoch trägt sie maßgeblich zur Stabilisierung der formalen Ökonomie bei. Da der Staat nicht lenkend und ordnend in die Hauswirtschaft eingreift, rückt das Beziehungsgeflecht zwischen Produzenten und Konsumenten im

Viertel ins Zentrum, geht es doch um das zum Leben und Überleben Benötigte und damit um einen das Verhaltens- und Einstellungsmuster der Akteure maßgeblich beeinflussenden Beitrag zur Versorgung der Gemeinschaft unter den Bedingungen prekärer Lebensführung (16).

Dem Bourdieu'schen Prinzip „anteilnehmender Distanz“ folgend, nimmt Daniela Kälber mittels themenzentrierten Interviews buchstäblich „im Feld“ am Leben und Arbeiten ihrer Probanden teil. Diese Methode aus der Alltagsforschung verbindet subjektive Faktoren mit objektiven Strukturen, um Handlungsspielräume aufzuzeigen und somit das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten in der Gesellschaft widerzuspiegeln. Entsprechend ihrem Titel folgt die Studie aber auch ungewollt der „lebendigen Arbeit“ im Marx'schen Sinne: Sie zeigt eine Diskrepanz zwischen lebendiger, privat geleisteter Arbeit und dem Versuch des Staates auf, über vergegenständlichte Arbeit, nämlich mittels Saatgut- und Produktionsmittelzuteilungen, Kontrolle über die konkrete Arbeit, die Zweckmäßigkeit und Zielgerichtetheit der in der urbanen Landwirtschaft Tätigen zu erlangen. Ziel ist, die sich ausbreitenden Selbsthilfestrategien durch angeleitete Kooperativierung einzudämmen. Dennoch übernahm der Staat Überlebensstrategien für Kollektiv-Gärten, um sie für eine Verbindung sozialistischer mit marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen fruchtbar zu machen. Der Handel mit den Erträgen dieser Gärten soll Defizite im Staatshaushalt ausgleichen. Gehandelt wird nach marktwirtschaftlichen Kriterien, das primäre Produktionsmittel hybrides Saatgut sowie das Land, das die Kooperativen

pachten, bleibt unter der Kontrolle des Staates. „Die Instruktion der Selbstversorgung wird damit zum Leitmuster der Versorgungspolitik des Staates.“ (58f)

Ohne in ideologische Fahrwasser zu geraten, schildert Kälber, dass urbane Landwirtschaft eine Strategie sein kann, städtische Armut durch Eigenanbau statt Almosen und sozialstaatliche Maßnahmen zu beheben und den Armen zu Erwerb und Selbstbestimmung zu verhelfen. Die Studie schafft durch eine erfrischende Sprache den Spagat zwischen lebensnah erzählter Feldforschung, wie sie kein Tourist in Havanna erlebt haben dürfte, und Kontextualisierung von Eigenmacht angesichts der kubanischen Alltagsprobleme.

Torben Ehlers

Özgür Mutlu Ulus: *The Army and the Radical Left in Turkey – Military Coups, Socialist Revolution and Kemalism*. London: I.B. Tauris 2011, 280 Seiten

Der in der Schriftenreihe der *Library of Modern Middle East Studies* publizierte Band untersucht Diskurse in der „radikalen Linken“ der Türkei über die politische Rolle des Militärs im Zeitraum zwischen zwei militärischen Interventionen in den Jahren 1960 und 1971. Die Ausgangsfrage der Autorin ist, warum Linke nach 1960 überwiegend annahmen, die türkische Armee als Teil der NATO könne das bestehende kapitalistische Regime zugunsten eines sozialistischen ersetzen.

Es liegt nahe, dass die relativ liberale Verfassung von 1961, die am Ausgang des Militärregimes eine Reihe von bürgerlichen Grundrechten auch für sozialistische und gewerkschaftliche

Organisationen brachte, einen wesentlichen Ursprung für diese Annahme bildete. Der Putsch im Jahr 1960 wurde überwiegend als Wegmarke zum Sozialismus und die Armee als progressiv gesehen. Als jedoch 1971 das Militär erneut massiv in die Politik eingriff, folgte ein böses Erwachen: Massenverfolgung der Linken, zugleich ein bis dahin nicht gekanntes Aufblühen nationalistischer und islamistischer Ideologien. Das Buch fragt danach, was es über linke Bewegungen aussagt, dass sie diese massive Zerschlagung durch eine reaktionäre Militärintervention nicht kommen sahen?

Özgür Mutlu Ulus identifiziert sechs politische Gruppen, denen sie jeweils ein Kapitel widmet. Diese Gruppen sind höchst unterschiedlich in ihrer Zusammensetzung und ihrem Aktionsradius. Lediglich die *Arbeiterpartei der Türkei* (TIP) war sowohl parteiförmig organisiert als auch auf dem Feld legaler Politik aktiv. Sie bildete eine Ausnahme, denn sie setzte sich für eine sozialistische Transformation auf parlamentarisch-demokratischem Wege ein und kritisierte die von großen Teilen der restlichen Linken in das Militär gesetzten Hoffnungen, da es Träger einer autoritären Staatstradition sei. Dennoch war auch für sie das Ausmaß der Reaktion von 1971 überraschend. Die verbotene *Kommunistische Partei der Türkei* (TKP) agierte aus dem Untergrund bzw. dem sowjetischen Ausland. Die anderen Gruppen bestanden aus Diskussionszirkeln und brachten Zeitschriften heraus. Die *National-Demokratischen Revolutionäre* unter der Führung Mihri Bellis setzten auf eine anti-imperialistische Einheitsfront unter der Führung einer Avantgarde. Die nach ihrem Vordenker Hikmet Kivilcimlı benannte *Kivilcimlı-Bewegung*

hob die progressive Tradition der Armee hervor. Das Bild wird komplettiert durch *Yön* und *Devrim*, zwei Gruppen, deren revolutionäre Theorie und Praxis auf die Unterstützung von links-gerichteten Offizieren ausgerichtet war. Sie bezogen sich explizit auf die sogenannte kemalistische Revolution der 1920er und 1930er Jahre und wollten diese in Form einer „Nationalen Revolution“ fortsetzen. Das verstanden sie als notwendigen Zwischenschritt hin zu einer sozialistischen Gesellschaftstransformation auf dem „dritten Weg“ (46).

Wie Ulus aufzeigt, sind es nicht nur der Putsch von 1960 und die vermeintlich progressive Militärtradition, die für Konfusionen sorgten. Auch Ereignisse in Ägypten und in Syrien, wo links-nationalistische Offiziere das Ruder übernahmen und die Wirtschaft nationalisierten, beeinflussten die Erwartungen. Den zentralen Ausgangspunkt für die Konfusion lokalisiert die Autorin allerdings in dem als singular geltenden Verlauf der bürgerlichen Revolution in der Türkei. Teile der Linken hätten die Armee nicht als eine Organisation des Staates betrachtet, andere wiederum hätten den Staat und seine Apparate als über den Klassen stehend aufgefasst (181). „Dies, so die Annahme, war eine Besonderheit der Türkei, da eine machtvoll Bourgeoisie fehlte, die über den Staat herrscht“ (94). Diese Annahme wurde von allen im Buch behandelten Gruppen geteilt, auch wenn sie daraus unterschiedliche Strategien ableiteten. Nach Ulus' Auffassung hätte die Konfusion überwunden werden können, wenn die Protagonisten nicht unreflektiert den Direktiven aus Moskau, die zu dieser Zeit nationalistische Befreiungsbewegungen unterstützten, gefolgt wären oder die marxistischen Texte zur Doktrin erhoben

hätten. Stattdessen sei eine genauere Analyse der sozio-ökonomischen Bedingungen und Entwicklungen in der Türkei notwendig gewesen (194).

Allerdings deutet auch Ulus eine solche Analyse nur an. Bereits im einleitenden Kapitel über das türkische Militär in der Politik weist sie auf zwei sich gegenseitig ausschließende, nach wie vor aktuelle Auffassungen in der Linken hin: das Militär einerseits als über den Klassen stehender – progressiver oder autoritärer – Korpus, andererseits als Apparat der Bourgeoisie. In der differenzierten Darstellung der einzelnen Gruppen legt sie offen, wo diese Einschätzungen zutage treten und die Begriffsbildung bestimmen. Welche der beiden Positionen ihrer Ansicht nach zutreffender ist oder ob gar eine Alternative entwickelt werden müsste, klärt sie jedoch nicht. Für die Einschätzung der politischen Rolle des Militärs ist offenkundig eine weitergehende theoretische Beschäftigung mit den genannten Auffassungen notwendig, als Ulus sie leistet.

Damit wird jedoch deutlich, weshalb die Einschätzung der Rolle des Militärs in den 1960er Jahren nicht nur für HistorikerInnen interessant ist. Die damals verbreiteten Revolutionstheorien markieren bis heute einen zentralen Streitpunkt und beeinflussen Parteinahmen und Polarisierungen innerhalb der Linken. So wurde der jüngere Kampf der türkischen Regierung mit der Militärführung von einigen Linken als ein Konflikt zwischen einer nationalen Bourgeoisie und einer autoritären Staatsbürokratie interpretiert, dessen Beilegung zugunsten der ersteren eine Vollendung der bürgerlichen Revolution und damit die bislang vorenthaltenen Freiheiten und Rechte bringen werde. Diese Annahme hat Teile der Linken mitsamt der kurdischen

Bewegung paralyisiert und zu falschen Erwartungen geführt, während sich eine enorme Machtkonzentration in den Händen einer einzigen Partei – der regierenden AKP – vollzog.

Die im Schlusskapitel aufgeworfenen Punkte, wonach die Linken es nicht geschafft hätten, Alternativen zur militariisierten Kultur zu entwickeln, das Konzept der demokratischen Revolution im Kern ein kapitalistisches Programm geblieben sei und linker Kemalismus dem Stalinismus sehr nahe komme (194ff.), hätten wiederum einer differenzierteren Betrachtung und einer deutlicheren Zuordnung zu den einzelnen Gruppen bedurft. Nicht zuletzt stellen sie die Angemessenheit des Überbegriffs „radikale Linke“, den die meisten der behandelten Gruppen gar nicht für sich reklamierten, in Frage.

Errol Babacan & Axel Gehring

Georg Meggle: *Philosophische Interventionen*. Paderborn: Mentis 2011, 226 Seiten

Dass sich Philosophie keineswegs nur in abgehobenen Gefilden bewegt, die mit den brennenden Fragen der Gegenwart nichts mehr zu tun haben, beweist das hier zu besprechende Buch. Es handelt sich um eine Sammlung von z.T. wiederveröffentlichten Aufsätzen bzw. Vorträgen. Thematisch befasst es sich zum einen mit der Rolle der Philosophie bzw. der von Philosophen in Bezug auf aktuelle gesellschaftliche und politische Probleme im Allgemeinen, hauptsächlich und im Besonderen aber mit der Analyse und moralischen Bewertung von internationalen Konflikten der Gegenwart, die gewaltsam ausgetragen werden.

In einem leicht lesbaren und einem breiten Publikum zugänglichen Stil

wendet sich Georg Meggle Themen von Krieg und dessen Rechtfertigungen, humanitären Interventionen, Terrorismus und dem Anti-Terror-Kampf zu. Dabei untersucht er zum einen auf abstrakt-genereller Ebene die Frage „Was sind die moralischen Regeln für den Umgang mit Gewalt (...)?“ (145). Zum anderen richtet er seinen Blick auf konkrete Fälle und Konflikte, nämlich auf den Kosovokrieg, den Afghanistan-Einsatz, den zweiten Irakkrieg, den von Israel angedrohten Krieg gegen Iran, den Völkermord an den Armeniern, den Israel-Palästina-Konflikt und den Antisemitismus.

Eröffnet wird der Band mit einem Plädoyer für die Einmischung analytischer Philosophen, um dem Leser zu helfen, in Erfahrung zu bringen, was die Praktische Ethik zu allerlei gesellschaftlichen Fragen sagt. Denn sie liefere uns die Maßstäbe für unser Handeln. „Ethiken sind sozusagen ein Teil der Software, die unser ganzes Tun und Lassen mit steuert.“ (14) Und da es sich oftmals um komplizierte und potenziell folgenschwere Entscheidungen und Urteile handle, brauche es analytische Philosophen, denn diese seien die „Experten für die begriffliche Software unseres Denkens“ (9). Dieses Kapitel enthält also in erster Linie einen Appell an die Kollegen der Zunft, Verantwortung zu übernehmen und sich gedanklich zu engagieren.

Dass Meggle selbst nicht davor zurückschreckt, unbequeme Fragen nicht nur zu stellen, sondern ihnen auch auf den Grund zu gehen, beweist er in der Folge des Buches an mannigfacher Stelle. Exemplarisch sollen hier zwei Themenkomplexe der Anwendung militärischer Gewalt herausgegriffen werden, denen sich der Autor jeweils mit mehreren Kapiteln widmet: der sogenannten humanitären

Intervention im Kosovo und dem Terror sowie dem Anti-Terror-Kampf.

Humanitäre Intervention und der Kosovokrieg: In den mit „Ist dieser Krieg gut?“ sowie „NATO-Moral & Kosovo-Krieg. Ein ethischer Kommentar ex post“ überschriebenen Beiträgen versucht Meggle, einen Leitfaden zur moralischen Beurteilung des NATO-Krieges gegen Serbien 1999 sowie generelle Maßstäbe als Entscheidungshilfe bezüglich des Einsatzes militärischer Gewalt zu humanitären Zwecken zu erarbeiten. Bei seiner Software-Metapher bleibend sagt er: „Die Moral ist die kriegsentscheidende Software. Marschflugkörper kann man stoppen. Das Moral-Programm, wenn es erst einmal läuft, kaum.“ (73f) Daher sei es angebracht, dieses Programm genau und kritisch zu analysieren. Ausgehend von den Fällen der Notwehr und Nothilfe im nationalen Strafrecht gelangt Meggle zu der Annahme, dass der Einsatz militärischer Gewalt zu humanitären Zwecken als Parallele der Nothilfe auf internationaler Ebene grundsätzlich moralisch nicht nur erlaubt, sondern auch geboten sein könne. Er bringt dies mit der pointierten und für so manche Leser provokanten Formulierung auf den Punkt, zuweilen könne Pazifismus ein Verbrechen darstellen (57 und 67). Um universalisierbare Kriterien für eine humanitäre Intervention zu gewinnen, stellt Meggle einen Katalog auf und erörtert Fragen wie: Reicht eine gute Absicht allein aus, um einen Krieg humanitär sein zu lassen? Wie schwer müssen Menschenrechtsverletzungen in einem Land sein, um ein Eingreifen von außen zu rechtfertigen? Wer sollte dies beurteilen und wer handeln? Wie relevant diese Fragen sind, zeigt sich,

wenn man sich die Situationen in Libyen und Syrien in der ersten Hälfte dieses Jahres vor Augen hält. Ohne auf all die Fragen konkrete und abschließende Antworten zu geben, hängen diese doch zumindest teilweise vom Einzelfall ab, kommt Meggle zu dem Schluss, die „Kosovo-Dimension“ von Menschenrechtsverstößen sei als hinreichend gravierend zu betrachten. Er setzt den Ausdruck in Anführungsstriche, weil es sich dabei um die Darstellung der Krise in Form der Zahl von Todesopfern handelt, die seiner Einschätzung nach nur ein Zehntel des realen Ausmaßes beträgt (85). Dies begründet auch seine erheblichen Zweifel, ob im Rahmen der *ius-ad-bellum*-Prüfung eine *causa iusta*, ein gerechter Grund, für den Einsatz militärischer Gewalt vorgelegen hat. Doch selbst wenn dies der Fall gewesen sein sollte, gelangt der Autor zu dem Ergebnis, dass aufgrund der NATO-Luftangriffe, die die Flüchtlingsströme vergrößert und das Kosovo ethnisch gesäubert haben (nur eben von Serben), dieser Krieg kontraproduktiv war und gegen das *ius in bello* verstieß.* Daher sei der Kosovokrieg kein taugliches Beispiel für eine gelungene humanitäre Intervention.

Terrorismus und der Anti-Terror-Kampf: Auch diesen Themenkomplex beginnt Meggle, indem er zunächst versucht, im Beitrag „Was ist Terrorismus?“ den Begriff zu definieren, um im Folgenden zu einer moralischen Bewertung zu kommen. In seiner Begriffsanalyse stellt der Autor klar, dass viele Differenzierungen möglich und nötig sind, z.B. was Intention und gewähltes Anschlagziel betrifft. Weiterhin gelangt er zu der Einsicht, der Begriff, so wie er in der westlichen Welt gebraucht wird, lasse

Neutralität vermissen (z.B. weil Staaten nicht als potenzielle Täter gelten). Unter der Überschrift „Gerechter Terror?“ erläutert er, dass und warum nicht jeder Terrorist bzw. terroristische Akt unbedingt zu verurteilen ist. Schließlich analysiert er in „Terror & der Krieg gegen ihn. Meine Bilanz“ die für den von den Vereinigten Staaten (an-)geführten Anti-Terror-Kampf zentrale US-amerikanische *National Security Strategy 2002*. Er stellt fest, dass ihr Herzstück Möglichkeitsbehauptungen bezüglich nicht nur von Angriffen, sondern auch bereits Drohungen darstellen (117f). Damit biete sie eine äußerst gefährliche „Ethik-Software“ an, die im Endeffekt auf totale Kontrolle angelegt sei – gegebenenfalls eben mit Präventivkriegen wie 2003 gegen den Irak oder einen gegen den Iran. Vor diesem Hintergrund ist der globale Anti-Terror-Krieg in Meggles Augen nicht nur unvernünftig und rechtlich mehr als fragwürdig, sondern auch egoistisch und rassistisch diskriminierend. Sein Urteil: „kein gutes Projekt ... In vielerlei Hinsicht sogar ein *durch und durch schlechtes*“ (168, Herv. im Original).

Was heißt das nun für uns? „Soll sich Europa dem neuen auf Unendlichkeit hin konzipierten globalen Anti-Terror-Krieg anschließen, einem Krieg, der sich immer mehr als das entpuppt, was er ist: ein weltweiter, von missionarischem Kreuzzugfeuer getriebener Welt-Eroberungskrieg?“, fragt der Autor. (173) Seine Antwort ist ein kategorisches Nein, sein Gegenvorschlag eine Abkopplung Westeuropas von den USA. Außerdem verkündet er seine Vision von „EURABIA“ (174): den Schulterschluss von Okzident und Orient: der – wie er sich ausdrückt – „drei Nachkommen Abrahams“ (174),

dessen Familie durch das „Trauma“ einer langen Geschichte „blutiger Kriege“ zerrissen sei. Diese Geschichte sei aber auch eine „des Handels und kultureller Blüte“, kurzum eine Geschichte von „mehr als tausend Jahren Anziehung und Abstoßung zugleich“ (173). Nur durch Versöhnung und Kooperation dieser drei Brüder – Judentum, Christentum und Islam – lasse sich der Gordische Knoten auflösen.

Damit positioniert der Autor sich recht eindeutig in einer kontroversen Debatte. Die verschiedenen Positionen zu diskutieren, kann die Rezension nicht

leisten. Obwohl das Werk ein aus moral-philosophischer Sicht eher düsteres Bild von der aktuellen Verfasstheit der internationalen Beziehungen zeichnet, strahlt es schlussendlich doch auch Optimismus aus: Meggle ist überzeugt, dass Konflikte gewaltlos gelöst werden können bzw. ihre gewaltsame Austragung vermeidbar ist.

Paula Herm

Anmerkung

- * vgl. zu *ius ad bellum* und *ius in bello* das Stichwort „Gerechter Krieg“ von Marcel M. Baumann & Reinhart Kößler in: *PERIPHERIE* 122/123, S. 350-353.

Eingegangene Bücher

- Adelmann, Martin: *SADC – an Actor in International Relations? The External Relations of the Southern African Development Community*. Freiburg i.Br.: Arnold Bergstraesser Institut 2012, 423 S.
ISBN: 9783928597654
- Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. (BER) (Hg.): *Wer ändern eine Brunnen gräbt... Rassismuskritik//Empowerment//Globaler Kontext*. Berlin: BER 2012, 88 S.
- Bilger, Wenzel: *Der postethnische Homosexuelle. Zur Identität „schwuler Deutschtürken“*. Bielefeld: transcript 2012 (= Queer Studies), 294 S.
ISBN: 9783837621082
- Çetin, Zulfukar: *Homophobie und Islamophobie. Intersektionale Diskriminierungen am Beispiel binationaler schwuler Paare in Berlin*. Bielefeld: transcript 2012 (= Queer Studies), 422 S.
ISBN: 9783837619867
- Fassbender, Bardo, & Angelika Siehr (Hg.): *Supra-staatliche Konstitutionalisierung. Perspektiven auf die Legitimität, Kohärenz und Effektivität des Völkerrechts*. Baden-Baden: Nomos 2012, 326 S.
ISBN: 9783832978532
- Hatzky, Christine: *Kubaner in Angola. Süd-Süd-Kooperation und Bildungstransfer, 1976-1991*. München: Oldenbourg 2012, 376 S.
ISBN: 9783486712865
eISBN: 978486715736
- Jordan, Rolf, & Gunnar Stange (Hg.): *Aktuelle Herausforderungen der internationalen (Entwicklungs-)Zusammenarbeit in Südostasien. Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklung im Diskurs*. Wien: Universität Wien – Institut für Geographie und Regionalforschung 2012 (= Abhandlungen zur Geographie und Regionalforschung, Bd. 15), 178 S.
ISBN: 9783900830816

- Kaltmeier, Olaf: *Politische Räume jenseits von Staat und Nation*. Göttingen: Wallstein 2012 (= Das Politische als Kommunikation, Bd. 7), 128 S.
ISBN: 9783835311510
- Kerner, Ina: *Postkoloniale Theorie*. Hamburg: Junius 2012 (= Zur Einführung), 208 S.
ISBN: 9783885066651
- Moyo, Dambisa: *Winner Take All. China's Race for Resources and What It Means for the World*. New York, NY: Basic Books 2012, 272 S.
ISBN: 9780465028283
- Müller, Johann Alexander: *„The Inevitable Pipeline into Exile“. Botswana's Role in the Namibian Liberation Struggle*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2012, xviii + 274 S.
ISBN: 9783905758290
- Prager, Christoph: *Ratingagenturen. Funktionsweisen eines neuen politischen Herrschaftsinstruments*. Wien: Mandelbaum 2012 (= kritik & utopie), 172 S.
ISBN: 9783854766100
- Schinz, Hans: *Bruchstücke. Forschungsreisen in Deutsch-Südwestafrika*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2012, xxvii + 188 S.
ISBN: 9783905758320
- Schwellung, Birgit (Hg.): *Reconciliation, Civil Society, and the Politics of Memory. Transnational Initiatives in the 20th and 21st Century*. Bielefeld: transcript 2012, 372 S.
ISBN: 9783837619317
- Spittler, Gerd, & Michael Bourdillon (Hg.): *African Children at Work. Working and Learning in Growing Up for Life*. Münster: LIT 2012 (= Beiträge zur Afrikaforschung, Bd. 52), 360 S.
ISBN: 9783643902054